Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 220. Mittag-Ausgabe. Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 13. Mai 1879.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

43. Sitzung vom 12. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Hobrecht u. A., vorübergehend Fürst Bismarck.

Ein Schreiben des Abg. Bär, betr. seine Ernennung zum Landesgerichtsrath wird der Geschäftsordnungs-Commission überwiesen.

Die erste Berathung der Gesetzentwürfe, betr. die Besteuerung des Tabaks und die Nachsteuer, wird fortgesetzt.

Abg. v. Schmid (Würtemberg): Mit dem einseitigen Interessenstandpunkt der Abgg. Kiefer und v. Marschall läßt sich das Problem der Reichssteuerreform nicht lösen; es muß vielmehr zwischen dem Interesse des Reiches und der Tabak-Producenten und Consumenten vermittelt werden. Unser Tabaksconsum beträgt jährlich 1½ Millionen Centner mit 225 bis 258 Millionen Mark Verkaufswerth. Ein solcher Artikel ist wie kein anderer als Steuerobject geeignet. Es ist ferner der Gerechtigkeit wegen ein Ausgleich zwischen der Tabakssteuer, die bisher nur 14 Millionen und der Salz- und Rübenzuckersteuer, welche 35 resp. 45 Millionen einbringen, auf die Dauer nicht abzuweisen. Der Abg. Kiefer hätte das freundnachbarliche Verhältniß zwischen Würtemberg und Baden nicht in dem Tone zum Ausdruck bringen sollen, als beurtheile jeder Staat diese Frage nur nach dem Umfange seiner Tabaksindustrie. Wir in Würtemberg haben uns ehrlich bemüht, die Sache nicht vom specifisch schwäbischen, sondern vom deutschen Standpunkte zu beurtheilen. Er hat den Geist als Zeugen gegen das Monopol citirt. Aber wer schon 1868 bis 1870 wegen der Finanzlage vornehmlich für das Monopol sich erklärte, der müßte dies heute um so mehr thun. Ich werde heute nicht für das Monopol plaidiren, dessen Vorzüge ich schätze, dessen Einführung jetzt aber nicht möglich ist, weil uns durch die Enquete nicht das nöthige statistische Material geliefert worden ist, das die von der Rechten vorgeschlagene Enquete geliefert hätte, und weil die Zeit, in der man bestrebt ist, der deutschen Industrie in allen ihren Theilen einen Aufschwung zu verschaffen, nicht dazu angethan erscheint, über die vornehmlich blühende Industrie gewissermaßen die Aufhebung zu decretiren.

Ein großer Theil meiner (der deutschen Reichs-) Partei ist sogar principiell gegen das Monopol. Die Ausgaben des Reiches haben sich seit 1872 um 100 Millionen, seine Einnahmen nur um 30 Millionen gesteigert; die außerordentlichen Hilfsquellen, mit denen wir das Deficit decken, sind erschöpft. Die Einzelstaaten können indirecte Steuern nicht erheben und directe nicht in höherem Maße als bisher. So sind sie zu einem Deficit gekommen, das überall mindestens der Summe der Matricularbeiträge gleichkommt. Charakteristisch für die Finanzlage aller deutschen Länder ist die Würtembergs. Hier sind die Ausgaben von 1850—1879 um 11½ Millionen gestiegen, die Einnahmen aber so erheblich zurückgeblieben, daß das Deficit 15½ Millionen, das ist ungefähr die Summe der Matricularbeiträge, beträgt. Die directen Steuern betragen aber für den Staat allein 12 Millionen, für die Gemeinden 13 Millionen. Das Deficit der Staaten muß also durch Anleihen gedeckt werden, wie deren in Baiern zwei von 15 und 8 Millionen als sogenannte Betriebsfonds aufgenommen worden sind. Wir können deshalb von der Besteuerung des ertragfähigsten Artikels zur Stärkung der Reichsfinancen nicht absehen. Eine dilatorische Behandlung der Vorlagen duldet weder die Finanzlage des Reiches, noch das Interesse der Tabaksindustriellen. Wir müssen die jetzt herrschende Strömung für indirecte Steuern, bevor sie nachläßt, im Interesse des Reiches wahrnehmen und die Industrie baldigst von dem Gefühl befreien, daß ein Damoklesschwert über ihrem Haupte schwebt. Da das Monopol als nicht opportun aufzugeben, so bleibt das Gewichtssteuersystem das einzig annehmbare. Die Mängel der Fabrikatsteuer und des Rohtabakmonopols hat der Minister Hobrecht genügend klargelegt. Das Gewichtssteuersystem hat aber die drei Vorzüge, daß es sich an das bestehende System anschließt, die nothwendigen Controlmaßregeln bietet und die Richtung nach allen anderen Systemen offen läßt, während jedes andere System, wenn es sich nicht bewährt, nur unter verheerenden Wirkungen redressirt werden könnte.

Die Höhe der Sätze wird sich nach der zu erzielenden Einnahme und der Tragfähigkeit des Artikels richten. Die Regierung hat hierfür ganz richtig die Erträge berechnet. Derselbe wird bei den vorgeschlagenen Sätzen von 60 und 40 M. eher über als unter Erwarten ausfallen. Sollten Sie daher nur 50 Mill. M. Einnahme erzielen wollen, so können Sie die Sätze auf 50 und 30 M. ermäßigen. Dagegen kann man das richtige Verhältniß zwischen der auf importirten und inländischen Tabak zu legenden Steuer nicht mit gleicher Bestimmtheit berechnen. Das ist mehr Sache des Gefühls. Die Differenz von 20 M. hat eine historisch-autoritative Bedeutung. Die bairische und badische Regierung, sachverständige Stimmen, verlangten im Interesse des Tabaksbaues ihrer Länder im vorigen Jahre eine Differenz von 19½ M., während die Camphausen'sche Vorlage nur 12 Mark Differenz ergab. Nach dem Preis- und Werthverhältniß gemessen, müßte die Differenz 15 M. sein, so daß 20 M. eine Ueberschreitung zu Gunsten des inländischen Tabakbaues um 5 M. darstellte. Es wird nun sorgfältig zu verhüten sein, daß durch eine zu große Differenz eine Begünstigung des inländischen Tabakbaues gegenüber dem Import zum Schaden des Reichs-Fiscus eintrete. Die Feststellung der Differenz ist also der Schwerpunkt der ganzen Frage. Es fragt sich ferner, ob der importirte Stengeltabak nicht geringer als der andere zu verzollen ist. Derselbe wird hauptsächlich zur Fabrikation gebraucht, hat nur 12—15 M. Werth und beträgt über 100,000 Centner jährlich. Das Finanzinteresse und das des inländischen Tabakbaues müssen hierbei aber berücksichtigt werden. Bezüglich des Subjects der Besteuerung hat die Regierung zwar den gegen den vorigen Entwurf geäußerten Bedenken Rechnung getragen. Doch fragt es sich, ob die Steuerpflicht nicht grundsätzlich von dem Pflanzer auf den ersten Erwerber zu devolvirt ist.

Meine Partei wird also dem Gesetzentwurf im Allgemeinen zustimmen. Die Licenzgebühr findet aber bei ihr wenig Sympathie, weil der geringe Ertrag nicht der Belästigung werth ist, die durch die Einsicht der Beamten in die Geschäftsbücher entsteht. Ein großer Theil der Partei ist auch gegen die Nachsteuer. Der rein civilrechtliche Standpunkt Bluntschli's ist hier aber nicht maßgebend, denn die Tabaksteuer soll nicht den Händler, sondern den Raucher treffen, und ein finanzieller Erfolg wäre in der nächsten Zeit ohne Nachsteuer von ihr nicht zu erwarten, da weit über das Bedürfniß mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zoll importirt worden ist. Die Händler wären aber andererseits jetzt nicht im Stande, den Zoll auf den Consumenten abzuwälzen. Die Nachsteuer scheint mir deshalb jedenfalls zu hoch gegriffen. Es wird die Befreiung der Fabrikate von derselben und eine geringere Nachversteuerung des inländischen wie des ausländischen Tabaks in Erwägung zu ziehen sein. Wird aber die Nachversteuerung ganz abgelehnt, so muß der inländische Tabak, soll er nicht von der Concurrenz des importirten ausländischen erdrückt werden, auf einige Zeit eine Steuerermäßigung, vielleicht sogar einen vollständigen Steuererlaß erhalten. — Ich hoffe, daß die Vorlagen in dieser Session zu einem gedeihlichen Abschluß gelangen werden.

Abg. Meier (Schaumburg-Lippe): Ich will die Interessen der Tabaksindustrie, die bis jetzt noch gar nicht gehört sind, zur Sprache bringen, und glaube mich dazu durch meine Theilnahme an allen Verhandlungen über die Besteuerung des Tabaks seit 1868 und durch die Privatenquete über die Fabrikatsteuer berechtigt, die ich zu meiner Information in den Haupttabaksplätzen Amerika's im Jahre 1877 habe abhalten lassen. Finanzminister Hobrecht erklärte das Gewichtssteuersystem für das richtige, ohne jedoch das Monopol ganz abzulehnen, das er nur vorläufig von der Tagesordnung entfernen wollte. Der Kampf gegen das Monopol ist also nicht überflüssig geworden. In Frankreich wurde es 1810 unter der Annahme eingeführt, daß es 80 Millionen Francs liefern werde. Diese Einnahme wurde erst 1845, also nach 35 Jahren erreicht und entspricht dem Ertrage, der von dem vorliegenden Gesetz, wenn es erst normal operiren wird, zu erwarten ist (64 Millionen Mark). In Frankreich entfallen 90 pCt. des Ertrages auf die ordinäre Waare, während die feinen Havannacigarren in Paris ungefähr ebensoviel kosten, wie in Berlin. Die Regiecigarre erscheint billiger, als sie ist, weil sie ungefähr nur halb so viel wiegt, als die Cigarre, die man allenhalben kauft. Daher die Täuschung, als hätten unsere geringen und die französischen Regie-Cigarren denselben Preis. Jedenfalls würden in unserem schnelllebigen Zeitalter, wenn auch nicht 35, so doch gewiß 10 bis 20 Jahre vergehen, bis das heute in Aussicht genommene Erträgniß erreicht ist. Aber ich wünsche dringend, daß wir durch unser Votum das Monopol ein für allemal von der Tagesordnung entfernen. Es herrscht ja die Tendenz, die Industrie zu schützen und im Widerspruch damit soll auf einmal die arme Tabaksindustrie, die sich ohne Schutz durch eigene Kraft emporgearbeitet hat, durch eine sehr hohe Steuer gestraft, ja nach der Absicht der Monopolisten, die den Schutz der nationalen Arbeit immer im Munde führen, geradezu vernichtet werden.

Wie das Rohmaterialsystem durchgeführt werden soll, kann ich, der ich den Tabakshandel sehr genau kenne, nicht recht begreifen. Der Fiscus, der die ganze deutsche Crescenz zu einem gewissen Preise gekauft hat, kann plötzlich durch eine Conjunctur in ausländischer Waare überrascht werden, die sinkende Preise bringt; dann sitzt er mit seiner inländischen Waare da und muß, um sie nur los zu werden, sehr billig verkaufen. In der That scheint der Minister das System nicht sehr ernst genommen zu haben. — Die Fabrikatsteuer ist in dem Gutachten der Commission von einer Seite sehr lebhaft und sehr richtig befürwortet worden. Man entgegnete aber, daß wir uns mit den in Amerika ausreichenden Controlen nicht begnügen könnten, daß ein Spionirsystem durchgeführt werden müsse, das vielleicht in Amerika, aber nicht bei uns möglich sei und daß die dortigen Verhältnisse auf uns nicht anwendbar seien. Ich kenne die amerikanischen sehr genau, ich war 6 bis 7 Jahre da und meine Privatenquete durch Zollbeamte, Fabrikanten und Händler festgestellt, hat mich überzeugt, daß dieselben Controlen bei uns viel leichter und mit unendlich viel mehr Sicherheit für das finanzielle Resultat durchzuführen sind als in Amerika. Unsere Fabrikanten perhorrescirten die Fabrikatsteuer Anfangs wegen der großen Strafen, welche das amerikanische Gesetz vorschreibt; ich habe jetzt die Satisfaction, daß sie mir jetzt sagen, die Einführung der Fabrikatsteuer wäre doch besser gewesen. Sie hat den großen Vorzug, daß die Steuer erst gezahlt zu werden braucht, wenn die Waare in den Consum übergeht, daß sie eine wirkliche Consumtionssteuer ist. Man hätte den Vortheil klein anzufangen und allmälig, wenn der Tabak es hätte tragen können, die Steuer zu erhöhen, ohne, wie bei der Gewichtssteuer, den ganzen Verkehr zu beunruhigen und zu schädigen. Bei der Gewichtssteuer wird es dem Fabrikanten schwer, selbst bei niedrigen Waarenpreisen ein versteuertes Lager zu halten, während die Fabrikatsteuer erst bezahlt zu werden braucht, wenn das Fabrikat in den Consum übergeht.

Die Frage der Nachsteuer, des Unterschiedes zwischen deutschem und fremdem Tabak wäre beseitigt gewesen, wenn man meinen Vorschlag, den ich dem vorigen Reichstage unterbreitet, angenommen hätte, den Eingangszoll beizubehalten, die Morgensteuer ganz abzuschaffen und das Product erst im Moment der Consumtion zu besteuern. Ich will aber keine Anträge stellen, sondern vor allen Dingen dahin wirken, daß wir mit der ganzen Frage zu Ende und zur Ruhe kommen. Das weniger Gute, ja selbst etwas Schlechtes anzunehmen, ist besser für den Verkehr, als die Fortdauer der Unruhe. Der Finanzminister nimmt an, daß in Deutschland für 225 Mill. Mark Tabak consumirt werden; die projectirte erhöhte Gewichtssteuer würde die Consumtion um 25 pCt. reduciren und immer noch 65 Millionen eintragen. Sehr gern würde ich noch abmindern, aber, wenn es nicht anders sein kann, stimme ich der vorgeschlagenen Ziffer bei, damit wir zur Ruhe kommen. Bei der Normirung des Unterschiedes zwischen fremdem und inländischem Tabak, den ich für zu hoch gegriffen erachte (⅔ : ⅓), würde ich dem deutschen Tabakspflanzer gern den Vorzug zugestehen, ihn aber contingentiren, damit nicht der Tabaksbau in größerem Maße zunimmt. Einige Herren haben uns gesagt, daß er bedeutend abnehmen wird. Der Abg. Schmid sagte, die Sache sei eine Art Gefühlssache. In solchen Dingen möchte ich aber nicht nach Gefühlen urtheilen, die aus Stimmungen hervorgehen und leicht täuschen. Thatsachen beweisen, daß der Unterschied zu hoch gegriffen sei. Als der amerikanische Krieg ausbrach, war 1861 der Durchschnittspreis von amerikanischem Tabak in Bremen 63,58 M., das Quantum des in Deutschland producirten Tabaks 354,385 Ctr.; 1862 der Durchschnittspreis 76 M., die deutsche Production 435,000 Ctr.; 1863 81 M., resp. 682,000 Centner; 1864 72 M., resp. 676,000 Ctr., 1865 79 M., resp. 767,000 Ctr.; 1866 63 M., resp. 663,000 Ctr.; 1867 58 M. (also schon unter dem Preis von 1861), resp. 535,000 Ctr.

Hieraus ergiebt sich, daß mit der Steigerung der Preise der feineren Tabakssorten die Tabakscultur in Deutschland bedeutend zugenommen hat, in den Jahren 1861 und 1865 um mehr als 100 Procent; der Unterschied der Preise betrug 18 Mark. Ich schließe daraus, daß jetzt bei 20 Mark Differenz zwischen Zoll und Steuer die Tabakscultur bedeutend zunehmen wird. Die deutschen Tabake werden in London, also auf ganz neutralem Boden, notirt von 50 Pf. bis 1 Mk. 50 Pf. Höher notirt werden dort nur Havanna-, Manilla- und Sumatratabake, alle anderen erreichen keine so hohe Notirung als die deutschen. Nach einer Preisnotirung aus Baiern ist gut fermentirter Tabak mit 45 Mk., verhagelter mit 23 Mk., erfrorener mit 24 und 25 Mk., Sandblätter mit 23 Mk. und Rippen mit 12 Mk. notirt. Dagegen ist der Kentucky-Tabak in Bremen folgendermaßen notirt: ordinärer mit 20—30 Mk., mittlerer mit 35—45 Mk., feiner mit 50—100 Mk., die Rippen mit 6—10 Mk. Tausende von Fässern mit diesen Kentucky-Stengeln sind zu 7 bis 8 Mk. verkauft worden, während ganz schlechte Rippen in Speyer mit 12 Mk. notirt sind. Das Werthverhältniß ist also nicht ein derartiges, wie man fürchtet. Man sagt, die Geschmacksrichtung werde eine andere werden. Ich glaube, daß die große Masse der Tabaks-Consumenten sich an den Gebrauch der geringeren Qualitäten gewöhnen, und daß die Consumtion des deutschen Tabaks eher zu- als abnehmen wird. Ich bin also im Gegensatz zu den beiden Rednern aus Baden der Ansicht, daß die Differenz zu hoch gegriffen ist. Wollen Sie niedrigere Sätze, dann wird sich ganz bestimmt das Verhältniß umkehren: die Finanzerträge werden geringer sein, aber es wird eine große Tabakscultur großgezogen werden, die den Getreidebau noch mehr verkümmert, den man ja schützen will. Man hat anerkannt, was Bremen geleistet, allein man hat gesagt: wir danken für das Pflaster, was man uns in der surtaxe d'entrepôt geben will. Das scheint beinahe so, als ob Bremen mit dieser surtaxe einverstanden wäre. Dagegen muß ich Verwahrung einlegen; Bremen ist viel zu national gesinnt, als daß es die Ab- und Zugangswege, die für den Süden existiren, erschweren wollte. (Beifall.)

Die Licenzsteuer ist so vexatorisch, daß sie nicht angenommen werden kann und nicht angenommen werden wird. Will man das Finanzerträgniß haben, dann kann man es durch eine Erhöhung der Tabaksteuer selbst bequemer erzielen. Aber ich meine auch, dahinter lauert das Monopol und weil ich das nicht will, will ich auch die Licenzsteuer nicht. Die Nachsteuer scheint auf den ersten Blick eine Forderung der Gerechtigkeit zu sein. Warum soll man den Speculanten die Steuer schenken? Nicht nur die großen Fabrikanten haben speculirt, sondern im Verhältniß zu ihrem Fabrikationsquantum die kleinen und mittleren noch viel mehr. Und diese gerade würden nicht im Stande sein, die Nachsteuer zu bezahlen, und das dürften ⅔ aller Fabrikanten sein. Das würde der vollständige Ruin der ganzen Industrie sein; den Gedanken, daß man die Industrie erst ruiniren will, um darauf das Monopol aufzubauen, halte ich nicht für möglich. Wenn wirklich während des ganzen nächsten Jahres kein Pfennig Steuer eingeht, so würde das ein Vortheil für den Fiscus sein; denn auf diese Weise würden die Preise allmälig in die Höhe gehen und wenn dann der neue Tabak zu den höheren Steuer- und Zollsätzen gekauft und verarbeitet werden müßte, so würde die Tabakindustrie weiter bestehen können, weil dann die Consumtionspreise auf den Stand gekommen sind, den sie bei den höheren Zollsätzen haben müssen, während ein Sprung die Consumtion und Fabrikation einschränken würde. — Ich halte die vorgeschlagenen Sätze für zu hoch, ich würde sie niedriger wünschen, ich bin aber bereit, ihnen zuzustimmen, damit die Sache endlich aus der Welt kommt; aber unter keinen Umständen kann ich für die Nachsteuer stimmen und halte die Licenzsteuer für verwerflich. Hoffentlich kommt die Commission zu demselben Resultate, dann nehmen wir die Steuer an, hoffentlich kommt dann wieder Ruhe und Frieden in die ganze Industrie, die sich dann wieder emporarbeiten wird. (Beifall.)

Bundescommissarius Geh. Finanzrath Schomer: Die Redner in der vorigen Sitzung sind von der Ansicht ausgegangen, daß die Vorlage der verbündeten Regierungen die Interessen des Ackerbaues schlecht behandelt, daß sie nicht die genügende Rücksicht auf die Verhältnisse der Pflanzer nimmt. Die Vorlage geht, wie der letzte Redner hervorgehoben, hierin weiter als alle früheren Vorlagen, sogar weit über das hinaus, was die Enquete-Commission an Erleichterungen für die Tabakspflanzer vorgeschlagen hat. Die verbündeten Regierungen sind zu diesen Vorschlägen gekommen, um die Einigkeit herzustellen. Die Differenz von 20 M. zwischen Zoll und Steuer dürfte ein genügender Schutz für den inländischen Tabakbau sein, ja vielleicht liegt in dieser Differenz schon ein Reiz, den Tabakbau auszudehnen, wie der Vorredner andeutete. Es ist allerdings ganz richtig, daß der Pflanzer selten in der Lage sein wird, irgend welche Steuerauslagen, wenn auch nur auf kurze Zeit zu machen; aber die Vorschläge der Regierung denke ich, werden die Verhältnisse so umgestalten, daß der Pflanzer sehr selten oder nie zur Steuerzahlung herangezogen werden wird. Die Steuer wird zu einer Zeit fällig sein, wo der Pflanzer fast niemals mehr im Besitz des Tabaks sein wird, denn der Pflanzer fermentirt eben den Tabak nicht; die Fermentation nimmt der Händler vor. Außerdem enthält auch der Steuerzahlungstermin, der 31. März jeden Jahres, eine sehr weite Hinausschiebung der Zahlungsfrist und es ist mit keinem Worte gesagt, daß über den 31. März hinaus eine Creditirung der Steuer nicht stattfinden solle. Man hat gesagt, das türkische Vorbild sei zu befolgen, wo der Pflanzer für die Steuer nicht haftbar sei. Das ist nicht ganz richtig; der Pflanzer darf in der Türkei nicht eher verkaufen, als bis die Steuer bezahlt ist; also haftet er doch gewissermaßen für die Steuer.

Es ist dann ferner von der Höhe der Sätze gesprochen und namentlich gesagt worden, daß man auf die Tabakstengel Rücksicht nehmen müsse. Ich glaube nicht, daß eine solche differentielle Zollbehandlung möglich ist. Die Licenzsteuer soll keineswegs dazu dienen, statistisches Material zu gewinnen und somit die Arbeit der Enquete-Commission fortsetzen; sie ist auch nicht dem russischen Vorbilde nachgeahmt. Portugal und England haben ebenfalls Licenzsteuern, und sie sind keine Vorbereitungen zum Monopol, in England denkt man gar nicht an das Monopol. Die gegen die Nachsteuer erhobenen Einwände entkräften nicht die Gründe, welche die Regierung zu diesem Vorschlage geführt haben. Der letzte Redner hat die Sache so dargestellt, als ob ohne die Nachsteuer die Waare sich successive vertheuern und das Publikum sich so allmälig an die höheren Preise gewöhnen würde. Die Herren Fabrikanten, glaube ich, werden nicht so procediren; überhaupt ließe sich die Sache nur dann so machen, wenn alle Fabrikanten gleichmäßig mit Vorrath sich versorgt hätten. Die Nachsteuer ist als Finanzobject sehr bedeutend; denn ohne dieselbe würde die Tabaksteuer für ein ganzes Jahr ertraglos sein; dann aber ist die Nachsteuer mit Rücksicht auf diejenigen Fabrikanten nothwendig, welche für den Export arbeiten. Die Rückvergütungssätze können nicht eher neu regulirt werden, bis nicht sämmtliche alte Vorräthe aufgearbeitet seien, weil sonst mehr Steuer rückvergütet würde, als gezahlt worden ist. Deshalb ist dem Bundesrathe vorbehalten, die Rückvergütung nach den neuen Sätzen einzuführen; das kann aber nur dann sofort geschehen, wenn der Tabakvorrath nachversteuert wird.

Abg. Lender: Ich bedauere, constatiren zu müssen, daß in den landwirthschaftlichen Kreisen des Theils von Süddeutschland, der vorzugsweise Tabak baut, eine große Verstimmung herrscht wegen der Absichten der Regierung mit Bezug auf die Tabaksteuer. Ein technisches Gutachten der Handelskammer zu Karlsruhe spricht sich dahin aus, daß die geplante Höhe der Steuersätze einem Verbot des inländischen Tabakbaues gleichkomme und deshalb völlig unannehmbar sei. Gerade die Rücksicht auf die Interessen der Landwirthschaft bestimmt mich, entschieden gegen die Vorlage aufzutreten, denn so viel ist sicher, daß die gegenwärtige Lage der Landwirthschaft eben so unerfreulich ist, als die der Industrie und des Handels. Man darf nicht vergessen, daß gerade die Landwirthschaft der Theil ist, der am meisten für den Bestand der heutigen Gesellschaft eintritt und sie noch mehr schwächen, heißt daher, an den Fundamenten der Gesellschaft rütteln. Es sind nicht die großen Grundbesitzer, die vorzugsweise den Tabakbau betreiben, sondern die kleinen Besitzer, und sie sind nicht im Stande, die Steuern in der beabsichtigten Höhe zu zahlen. Der Abgeordnete von Schmid argumentirt in der Weise, daß er sagt, der Staat braucht so und so viel Geld, ergo erhebt er so und so viel Steuern, ich behaupte aber, daß man zunächst fragen muß, ob die von der Steuer Betroffenen auch im Stande sind, sie aufzubringen. Sollten wir wieder bessere Zeiten bekommen, so können die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze vielleicht allmälig in zehn Jahren erreicht werden, aber gegenwärtig wäre der Uebergang zu ihnen zu schroff. Nachtheilig für den Tabaksbau ist auch die in der Vorlage statuirte Haftpflicht des Pflanzers. Er wird künftig um jeden Preis verkaufen müssen und nicht mehr in der Lage sein, den Preis selbst zu bestimmen.

Ein Gutachten der Handelskammer zu Carlsruhe weist nach, daß der inländische Tabakbau in Folge der hohen Besteuerung künftig gar nicht mehr mit dem ausländischen Tabakbau wird concurriren können; dieses Mißverhältniß der Besteuerung des inländischdn Tabaks gegen den ausländischen schädigt lediglich die nicht vermögenden Klassen. Der Abg. v. Schmid hat den Tabakbauern den Vorwurf gemacht, daß sie einen einseitigen Standpunkt einnehmen. Es handelt sich aber hier nicht blos um den Tabakbau, sondern auch um die Tabaksfabrikation und um den Tabakshandel, es handelt sich um 380,000 Geschäfte, die über ganz Deutschland vertheilt und deren Interessen solidarisch sind. Was den Tabakshandel trifft, trifft indirect auch den Tabaksbau, deshalb bin ich auch gegen die Licenzsteuer. Das Gespenst des Monopols schreckt mich hier nicht, denn erstens ist kein Reichstag da, der über das Vermögen von Hunderttausenden hinweg den Schritt zum Monopol machen wird und sollte sich ein solcher Reichstag finden, so wird bald ein anderer folgen, der sagen wird: „Mehr Sparsamkeit und kein Geld mehr!“ Ich bin auch gegen eine Nachsteuer, da ich ihre praktische Durchführbarkeit bezweifle. Jedenfalls aber muß dem gegenwärtigen Zustande der Ungewißheit ein Ende gemacht werden. Ich vertraue, daß es gelingen wird, in dieser Frage zu einer Verständigung zu gelangen, aber man fordere nicht mehr, als die betheiligten Kreise ertragen können! Die jetzige Zeit ist wahrlich nicht geeignet, die Steuerschraube anzuziehen und nie war der Ausgleich der Gerechtigkeit mehr angezeigt als gegenwärtig.

Abg. Fritzsche: Der seltsame Vorgang, daß bei einer Steuervorlage der Regierung sich die Betheiligten von vornherein damit einverstanden erklären, hohe Steuern zahlen zu wollen, nur damit die Angelegenheit endlich zur Ruhe komme, erklärt sich wohl daraus, daß sie glauben, mit der Bewilligung dieser Vorlage würde der siebenjährige Krieg der Regierung gegen die Tabak-Industrie zu Ende sein. Ich glaube aber, daß sich daraus ein dreißigjähriger Krieg entwickeln wird, weil ja die Bedürfnisse des Reiches, um derentwillen diese Steuer geschaffen wird, stets zunehmen. Wir müssen diese Steuer ablehnen, weil wir der Meinung sind, die Ausgaben des Reiches müßten beim Militäretat und an verschiedenen anderen Stellen beschränkt werden. Der eigentliche Grund dieser Steuer und damit im Zusammenhange die Vorliebe des Reichskanzlers für indirecte Steuern ist das nahe Ende des Militär-Septennats, zu welchem Zeitpunkte man Ueberschüsse in den Reichskassen zu haben wünscht. Die Einzelstaaten werden sich von den Abfällen des Reichs wohl nicht sehr mästen können. Eine Entlastung der Arbeiter und Beamten wird keineswegs durch die indirecten Steuern herbeigeführt, die Kleidung der Leute, die nach des Reichskanzlers Meinung nicht säen und nicht ernten, nicht weben und nicht spinnen und doch gekleidet gehen, wird nach Einführung dieser Gesetze sehr fadenscheinig werden. Diese Vorlagen sind meist zum Vortheil der Groß-Industriellen gemacht, wir werden sie deshalb ablehnen und nur ausnahmsweise Schutzzölle für einige gefährdete Industrien bewilligen. Diese Tabakssteuer ist außerdem eine sehr ungerechte, denn sie vertheuert den ordinärsten Tabak um circa 150 Procent, während die Preissteigerung der besseren Qualitäten nicht in gleichem Verhältnisse steht. Diese Steuer von 60 Pf. pro Pfund Tabak, vermehrt um den Gewinn, den der Fabrikant in Folge des größeren Betriebs-Capitals, dessen er bedarf, ferner im Verein mit den trotz der verringerten Consumtion gleichbleibenden Geschäftsunkosten, wird eine Preis-

steigerung von $1\frac{1}{2}$ Pf. pro Cigarre herbeiführen, wodurch eine geradezu vernichtende Wirkung auf die Tabaks-Industrie ausgeübt würde.

Schon jetzt ist die Calamität in dieser Branche sehr groß; die Löhne der Arbeiter sind um 50 pCt. gesunken, in manchen Orten haben wir 25 pCt. kranker Arbeiter und bei Einführung dieser Steuer wird unsere mit 30,000 Mark fundirte Krankenkasse bankerott gehen. Bankerotte vieler Fabrikanten werden ihre unausbleibliche Folge sein, und was die Communen erhalten werden aus den Ueberschüssen der indirecten Steuern, das werden sie ausgeben müssen für Almosen an die brotlosen Arbeiter. Mit der Nachsteuer würde man fast alle kleinen und mittleren Fabrikanten, die sich sämmtlich an der Speculation betheiligt haben, vernichten und die Licenzsteuer würde nicht so viel aufbringen, als die Maßregeln zur Verhütung von Defraudationen kosten würden. Wir werden gegen alle diese Vorlagen stimmen. Zudem hat die Regierung seit Jahren die Tabakindustrie durch die Concurrenz der Strafanstaltsarbeiten arg geschädigt, so daß jetzt mancher auf diese Weise brotlos gewordene freie Tabaksarbeiter den wohlversorgten Zuchthäusler beneidet. Die deutsche Tabakindustrie braucht den allerdings hohen Schutzzoll, den ihr diese Vorlage bietet, nicht, wenn man ihr nur die hohe Steuer erläßt. Schaffe man uns lieber Schutz gegen die Einführung fremder Arbeitskräfte. Wie die betrügerische Verlockung zum Auswandern strafbar ist, so sollte das auch mit der betrügerischen Verlockung zur Einwanderung der Fall sein, damit diese Seelenverkäuferei der fremden Arbeiter von Provinz zu Provinz ein Ende nehme. Aus Bosheit könnten wir eigentlich für dieses Gesetz stimmen, denn nie war eins geeigneter zur Erschütterung unseres Staates.

Abg. Buhl: Demjenigen, welcher die große Bedeutung des Tabakbaues und der Tabakindustrie kennt, wird es schwer, für diese Steuer zu stimmen. Doch werde ich dazu genöthigt durch die Erkenntniß der finanziellen Lage des Reiches. Ich bedauere, daß nicht sofort beim Beginn dieser Berathung unsere Grenzen geschlossen worden sind, denn von der Verhinderung eines allzu großen Imports ausländischen Tabaks hängt die Wirkung dieses Gesetzes ab. In dieser Beziehung haben mich die Zahlen des Ministers Hobrecht beruhigt, ich hätte viel größere Zahlen erwartet. Ich wünsche aber, daß dieses günstige Verhältniß sich in den nächsten Tagen nicht weiter verschiebt, und halte deshalb eine schleunige Schließung unserer Grenzen für durchaus geboten. Gegen die Details der Vorlage habe ich mancherlei Bedenken. Obwohl ich die Nachsteuer für fast technisch undurchführbar halte, so trage ich doch Bedenken, der Regierungsvorlage ohne dieselbe Gesetzeskraft zu geben. Ein Uebergang ist durchaus nöthig und ich würde einen solchen darin finden, daß man für das nächste Jahr den Zoll auf 30 Mk. pro Centner festsetzt und denselben alljährlich um 5 Mk. bis zu 50 Mark vielleicht steigert. Die Maximalgrenze müßte schon jetzt gesetzlich fixirt werden. Den inländischen Tabakbau müßte man für den Vortheil des bereits steuerfrei importirten fremden Tabaks dadurch entschädigen, daß man ihm für das nächste Jahr noch die jetzige Morgensteuer läßt. Die Rücksicht eines allmäligen Ueberganges müßte gegen einen so schwer gestörten Industriezweig walten. An Stelle der Haftpflicht des inländischen Tabakbauers müßte nur eine Anzeigepflicht treten, wodurch die Controle wesentlich erleichtert würde. Die Ausführungsbestimmungen über das Verwiegen des Tabaks müßten der Landesgesetzgebung vorbehalten werden, weil sonst dieser Proceß in der Praxis zu viel Schwierigkeiten verursachen würde. Jedenfalls hege auch ich den Wunsch, daß jetzt die Angelegenheit definitiv in einer Weise erledigt werde, welche nicht zu störend für den Tabakbau und die Tabakindustrie ist.

Abg. Kopfer (wegen der Unruhe des Hauses schwer verständlich) wendet sich gegen die von dem Vorredner vorgeschlagene stufenweise Erhöhung der Steuer, weil eine solche Unsicherheit des Zustandes einer gesunden Entwickelung der Industrie zuwider sei. Er bekämpft ferner die Contingentirung des Tabakbaues, die ebenso unzulässig sei, wie etwa eine Beschränkung der Einfuhr. Der inländische Tabakbau habe nicht verhältnißmäßig mehr zugenommen als der Import und sei auch vor ausländischer Concurrenz geschützt. Ungarische und amerikanische Tabaksorten würden zu so billigen Preisen eingeführt, daß der inländische Tabak nicht damit concurriren könne. Die Differenz zwischen Zoll und Steuer müsse, wenn der inländische Tabak der Concurrenz gewachsen bleiben solle, mit Erhöhung der Zollsätze zunehmen. Ein Ausgleich mit der Zuckersteuer sei nicht geboten, denn die Zuckersteuer treffe den großen Fabrikanten, die Tabaksteuer aber Tausende von kleinen Gewerbetreibenden. Diese Industrie dürfe man nicht ruiniren, während man der Noth auf anderen Gebieten abzuhelfen suche. Redner wendet sich alsdann gegen alle aus finanziellen Rücksichten für die Tabaksteuervorlagen angeführten Gründe, indem er meint, daß der Finanznoth durch Ersparnisse, namentlich beim Militäretat, abgeholfen werden müsse. Die Regierung verfolge in Wahrheit noch immer das Ziel des Monopols, und es wäre besser, wenn sie dies wenigstens offen erklärte. Bei der großen Ausbildung, die unsere Tabakindustrie erreicht habe, sei aber die Einführung des Monopols ganz unzuträglich. Die nöthigen Entschädigungssummen würden weit mehr als 687 Millionen, die die Commission angenommen habe, betragen. In Frankreich und Oesterreich habe bei der Einführung des Monopols keine solche Industrie bestanden. Redner kritisirt sodann die einzelnen Bestimmungen der Vorlage, namentlich die Controlvorschriften für die Steuer auf inländischen Tabak, die er unerträglich und bei niedrigeren Zollsätzen überflüssig findet. Die Hausindustrie, die sich neben dem Tabakbau mit Herstellung von Fabrikaten befasse, könne unter dieser Controle nicht bestehen. Durch die Haftung für die Steuer seitens des Bauern werde für diesen der Tabak unverkäuflich, so daß der Tabakbau in ganz Süddeutschland sehr zurückgehen werde.

Abg. v. Puttkamer (Löwenberg) erklärt sich für das Gesetz; bemerkte aber, daß dies Votum nicht die Bedeutung habe, daß damit die finanzielle Gesetzgebung, soweit sie den Tabak betrifft, abgeschlossen sei; er erinnert an das Votum des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen, der sich mit allen gegen drei Stimmen für das Tabaksmonopol ausgesprochen habe. Der Reichstag stehe jetzt vor dem schweren Problem, aus dem Tabak einen möglichst hohen finanziellen Ertrag zu erzielen, aber dennoch die legitimen Interessen der Industrie und der Landwirthschaft zu schonen; die Gegenwart büße jetzt, was man seit 50 Jahren versäumt habe; hätte Deutschland schon seit 50 Jahren aus diesem Artikel Einnahmen gezogen, so wären dem Volke Milliarden von directen Steuern erspart geblieben. Die erste Pflicht bei der Prüfung der Vorlage sei die Erzielung einer hohen Einnahme; was man zur Schonung berechtigter Interessen thun könne, werde man thun. Nur die Zwangslage bringe ihn, den Redner, dahin, die Form der Vorlage, vorbehaltlich mancher Aenderungen, im Großen und Ganzen zu acceptiren. Die Hauptfehler seien, daß die verschiedenwerthigen Tabake mit einem gleichen Satze besteuert werden und daß man sich an den hilf- und wehrlosesten Steuerzahler, an den Pflanzer halte; das sei kaum rationell. Eine wesentliche Ermäßigung der Steuersätze, wie sie v. Marschall wolle, entziehe der Vorlage den finanziellen Boden. Wenn sich auch jetzt der Zoll zur Steuer wie 3 : 2 verhalte, während er früher wie 6 : 1 stand, so sei doch dem deutschen Tabakbau ein genügender Schutz gesichert, da die Steuer um 20 Mk. niedriger sei als der Zoll, während diese Differenz früher nur 10 Mk. betrug. In dem Moment, wo der Pflanzer seine Ernte verkauft, sollte die Steuer bezahlt werden; sonst werde ein Kampf eintreten zwischen Pflanzer und Händler, wobei der erstere große Gefahr laufe, so große Gefahr, daß ihm der ganze Tabakbau verleidet werde. Die Besorgniß davor habe jetzt schon eine Einschränkung des Tabakbaues zur Folge gehabt. Ein Tabaksteuergesetz, welches bei so hohen projectirten Erträgen ganz auf die Nachsteuer verzichte, sei nicht denkbar.

Redner empfiehlt das Gesetz im Interesse der Reform der directen Steuern, besonders im Interesse der Abschaffung der Klassensteuer, deren Einziehung in den ersten vier Stufen in Großstädten wie Berlin und Breslau eine wahre Carricatur sei. Redner sucht dann dem Abgeordneten Lasker in seinen Ausführungen, betreffs der Grundsteuer gegen den Reichskanzler Irrthümer nachzuweisen. Er meint, daß es sich nicht um ein Geschenk an den Grundbesitz handle, von 1 Milliarde, sondern die Grundsteuer solle nur den Communen übertragen werden, an einen Erlaß sei nicht gedacht. Außerdem sei 1861 bei der Grundsteuerregulirung den in der Grundsteuer Erhöhten entweder gar keine, oder nur eine geringere Entschädigung gegeben, als Lasker mitgetheilt habe: nämlich der neunfache Betrag, nicht der dreizehnfache. Mit Unrecht habe deshalb gerade Lasker von Uebertreibungen gesprochen. Wenn aber Ueberschüsse aus der neuen Finanzpolitik erzielt würden, dann solle man zuerst das in der Thronrede Versprochene erfüllen: Erlaß derjenigen Steuern, die am Schwersten aufzubringen sind. Diese Hoffnung der Nation dürfe nicht getäuscht werden. (Hört!) Vor der Befriedigung anderer Bedürfnisse müsse erst diese Verheißung erfüllt werden. Geschehe dies nicht, so sei das nicht nur eine öffentliche Calamität, sondern ein Stoß ins Herz des monarchischen Princips. Gehe diese Verheißung in Erfüllung, so werde jeder Betheiligte sagen können: Er habe mitgewirkt an einer großen und heilsamen Reform. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Richter (Hagen): Es liegt mir daran, zu constatiren, daß zumal nach der Rede des Abg. v. Puttkammer meine Partei in der zweitägigen Debatte nicht zum Wort gekommen ist.

Abg. Lasker bemerkt, daß er nicht von einer Entschädigung der 1861 in der Grundsteuer erhöhten, sondern der damals auf Grund eines Rechtstitels oder sonst steuerfreien gesprochen habe; außerdem habe er vom Erlaß der Gebäudesteuer gesprochen, der ein Geschenk für die Grundbesitzer enthalte, nicht von der Uebertragung derselben auf die Communalverbände.

Der Gesetzentwurf wird darauf einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Schluß $4\frac{1}{2}$ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Uebergang von Geschäften auf das Reichsgericht; Convention wegen des Negerhandels; Wahlprüfungen und Petitionen.)

Berlin, 12. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Rechnungsrath und Gerichtskassen-Rendanten Heinrich zu Samter den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Commerzienrath Valentin Manheimer zu Berlin den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Papier-Fabrikmeister Heinrich Kammann zu Lachendorf, Amts Celle, dem Papier-Maschinenführer Heinrich Herboldt ebendaselbst, dem Aufseher des Forts Kalkreuth bei Danzig, pensionirten Baugefangenen-Aufseher Piwinski, und den Fabrikarbeitern Jacob Pilger zu Kassel und Heinrich Winden zu Nothberg im Kreise Düren das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat die Wahl des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Oskar Henke zu Höxter zum Director der Realschule I. Ordnung zu Mülheim a. d. Ruhr bestätigt; dem Director der landwirthschaftlichen Akademie zu Poppelsdorf bei Bonn, Professor Dr. Dünkelberg den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath, sowie dem Kreis-Physikus Dr. med. Passauer in Gerdauen und dem praktischen Arzt und Kreis-Wundarzt Dr. Löwe in Stettin den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der ordentliche Lehrer Dr. Weyland am Progymnasium in Gartz a. O. ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt ernannt worden. Am Schullehrer-Seminar zu Hildesheim ist der commissarische Lehrer Warnecke daselbst als ordentlicher Lehrer angestellt worden. Der Seminarlehrer Rick zu Linnich ist an das Schullehrer-Seminar in Siegburg versetzt.

Berlin, 12. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] begab Sich heute Vormittag um 10 Uhr zur Besichtigung des 1. Garde-Regiments zu Fuß nach Potsdam.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing in Baden-Baden den Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden bei Höchstderen Rückkehr aus Wiesbaden. Ihre Majestät wird heute nach Koblenz und von dort morgen, Dinstag, Abend über Ostende nach Schloß Windsor reisen.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] erfreut Sich in Kissingen unausgesetzt des erwünschten Wohlbefindens. Die demselben mehr als eine allgemeine Vorsichtsmaßregel wie auf Grund etwa hervorgetretener bestimmter Krankheitserscheinungen angerathene leichte Brunnenkur ist vom günstigsten Erfolge begleitet, so daß mit Zuversicht die Rückkehr Sr. Kaiserlichen Hoheit in bekannter Kraft und Gesundheit gegen Ende dieses Monats zu erwarten steht. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 12. Mai. [Dementi. — Die Vorlage, bezüglich Erhebung einer statistischen Gebühr. — Vorlage über Erwerb des Raczynskischen Grundstückes.] Officiös wird geschrieben: Ein Sensations-Correspondent, der sein Wesen besonders in österreichischen und Frankfurter Blättern treibt, weiß von den angeblich beginnenden Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit dem Abg. Windthorst bereits genau die Grundlagen anzugeben, auf welchen der Centrumsführer abzuschließen bereit wäre. Das ganze Gewebe wüster Conjecturen erledigt sich dadurch, daß solche Verhandlungen weder geführt werden, noch in irgend einer Weise in Aussicht genommen sind. — In der Vorlage, betreffend die Erhebung einer statistischen Gebühr vom Waarenverkehr, welche am Sonnabend auf der Tages-Ordnung des Bundesraths stand, sind diejenigen Gesichtspunkte in Berücksichtigung gezogen worden, welche in der vorigen Reichstagssession bei Berathung des analogen Gesetzentwurfs aufgestellt waren. — In Bezug auf die Vorlage: Erwerb des Raczynskischen Grundstücks behufs Errichtung eines Reichstagsgebäudes auf demselben hören wir, daß derselbe in den nächsten Tagen von den Ausschüssen an den Bundesrath gehen wird, und daß der Bundesrath in seiner nächsten Sitzung sich mit dem Gegenstand beschäftigen dürfte.

= **Berlin**, 12. Mai. [Die Bundesrathsausschüsse und das Sperrgesetz. — Uebertretungen bezüglich des Spielkartenstempels. — Motive zu dem Gesetze über die Waarenstatistik. — Der Commissionsantrag hinsichtlich der strafrechtlichen Verfolgung Hasselmanns.] In dem Bundesrathsausschuß für Zoll- und Steuerwesen fand heute die Berathung über die Vorlage, betreffend die provisorische Erhebung von Sätzen, welche im neuen Zolltarif vorgeschlagen sind, statt. Der Entwurf wurde mit einer unerheblichen Modification im § 3 angenommen. Es ist beschlossen worden, in den Motiven, welche dem Gesetz für den Reichstag beigegeben werden sollen, ausdrücklich hervorzuheben, daß durch die Vorlage auf eine Nachbesteuerung des Tabaks nicht verzichtet werden soll. (Siehe Telegramm im Morgenblatt.) — Den zustehenden Bundesrathsausschüssen ist eine Verordnung wegen Einführung einer Statistik über die zur Bestrafung gelangenden Uebertretungen des Gesetzes, betreffend den Spielkartenstempel, vorgelegt worden. Es läßt sich daraus schließen, daß man doch vielfache Umgehungen dieses Gesetzes erwartet. — In den Motiven zu dem Gesetz über die Waarenstatistik heißt es:

„Der dem Reichstage in seiner vorletzten Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebietes ist nicht mehr zur Verhandlung gekommen. Inzwischen sind aus den betheiligten Kreisen mehrfach Bedenken und Wünsche laut geworden, welche zu einer theilweisen Umarbeitung des Entwurfes geführt haben. Die vorgenommenen Aenderungen bestehen zum Theil nur in der Aufnahme, einzelner ursprünglich in die Ausführungsverorduung verwiesener Vorschriften, um dadurch den Sinn und die Tragweite der gesetzlichen Bestimmungen von vornherein klarer zu stellen. Zum Theil aber sind sachliche Abweichungen von dem früheren Entwurfe vorgeschlagen, welche Erleichterungen des Verkehrs bezwecken.

Die Motive verbreiten sich sodann über Mängel beim Nachweise der Mengen der ein-, aus- und durchgeführten Waaren; beim Nachweise der Waarengattungen; beim Nachweise der einzelnen Verkehrsrichtungen und über Mängel beim Nachweise der Werthe der ein- und ausgeführten Waaren. Im Uebrigen ist wie in den vorjährigen Motiven die Verpflichtung zur Werthsdeclaration und der Grund, weshalb von dieser Abstand genommen ist, besonders eingehend behandelt. — Der schriftliche Bericht der Geschäftsordnungs-Commission, welche die strafrechtliche Verfolgung des Abgeordneten Hasselmann wegen Verstoßes gegen das Socialistengesetz durch Verbreitung verbotener Schriften beantragt, ist erschienen. Der Antrag stützt sich darauf, daß der Angeklagte das ihm zur Last gelegte Vergehen mit Aussicht auf eine geringere Strafe als die ist, fortsetzen könnte, welche ihn treffen müßte, wenn der Reichstag die beantragte Genehmigung ertheilt. Es wird dann weiter gesagt:

Dazu dürfte der Reichstag nicht Vorschub leisten. Wenn auch zeither es constante Praxis des Reichstags gewesen sei, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung gegen Abgeordnete zu versagen, so sei doch niemals behauptet worden, daß der Art. 31 der Verfassung die Mitglieder des Reichstags um der Person willen bevorzugen, denselben persönliche Privilegien ertheilen wolle. Man werde annehmen, daß der Reichstag, wenn er die Genehmigung versage, die Verbreitung eines von einem Socialdemokraten ausgehenden Preßerzeugnisses begünstige, und zu solcher irrigen Annahme dürfe der Reichstag um seiner selbst willen keine Veranlassung geben. Sei auch das an sich kein durchschlagender Grund für die Beschlußfassung im Reichstage, so liege doch, da nach den gemachten Mittheilungen Herr Hasselmann gerade die ihm als Abgeordneten zustehende Exemtion von der Ausweisungsordre benutzt haben solle, um die polizeiliche Verfügung vom 18. November 1878 zu übertreten, zweifellos eine Verletzung der dem Reichstage gegenüber schuldigen Rücksicht vor. Auch sei bei Gelegenheit der Beantwortung der Frage, ob die Abgeordneten Fritzsche und Hasselmann trotz der polizeilichen Ausweisung aus Berlin hier erscheinen und ihren Pflichten als Abgeordnete nachkommen könnten, von mehreren Rednern im Reichstag ausdrücklich betont worden, daß der Reichstag sich nicht dem Verdacht aussetzen dürfe, ein fortgesetztes Vergehen zu befördern und daß sich nicht annehmen lasse, die benannten Abgeordneten trieben während ihrer Anwesenheit in Berlin die Agitation für ihre politischen Zwecke fort.

Dieser Ansicht wurde vom Correferenten widersprochen, namentlich mit Hinblick auf die Möglichkeit der noch während des Reichstages auszuführenden Verhaftung des Abg. H. Die Majorität schloß sich indessen diesen Ausführungen nicht an und beschloß die Zustimmung.

W. T. B. [Bundesrath.] Der Bundesrath hielt am Sonnabend, den 10. Mai c., eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsminister Hofman. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde Mittheilung gemacht von der erfolgten Ernennung des großherzoglich hessischen Regierungsraths Schulz zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrath. Zur Vorlage kamen Schreiben des Präsidenten des Reichstags, betreffend Beschlüsse des Reichstags über: a. Petitionen bezüglich des Entwurfs eines Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungsmitteln, b. Petitionen, betreffend die Weinfabrikation, c. den Gesetzentwurf, betreffend die Vertheilung der Matricularbeiträge für 1879/80, d. den Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung der königl. preuß. Staatsdruckerei für das Reich, e. den Gesetzentwurf, betreffend Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1879/80. Vorlagen, betreffend a. die anderweite Regulirung der Verhältnisse und Einrichtungen im Bremischen Zoll- und Freihafengebiet, b. den Entwurf eines Gesetzes über die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets, c. den Entwurf eines Gesetzes wegen provisorischer Einführung von Aenderungen des Zolltarifs, d. eine Beschwerde über unbegründete Anforderungen der Zollverwaltung an die Rheinische Eisenbahngesellschaft, e. den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1879/80, wurden den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Der Gesetzentwurf, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln 2c., wurde in der vom Reichstage beschlossenen Fassung genehmigt. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über das Pensionsverhältniß mehrerer Beamten der Postverwaltung. Ausschußberichte wurden erstattet über a. den Entwurf eines Nachtrags zur Geschäftsordnung für das Ober-Seeamt; der Entwurf wurde genehmigt; b. den Entwurf von Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Spinnereien, nebst den darauf bezüglichen Petitionen; auch dieser Entwurf wurde genehmigt, wodurch die betreffenden Petitionen ihre Erledigung finden; c. die Beschlüsse des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen zu den Entwürfen von Gesetzen über das niedere Unterrichtswesen und über die Beschränkung der Baufreiheit in den neuen Stadttheilen zu Straßburg. Beide Gesetzentwürfe wurden in der vom Landesausschuß beschlossenen Fassung genehmigt. Endlich wurde eine Eingabe des Directoriums des deutschen Apothekervereins betreffend das bei Abgabe von Arzneien zu beobachtende Verfahren vorgelegt und dem betheiligten Ausschusse überwiesen.

[Dr. Bernhard Wolff †.] Sonntag, den 11. Mai, ist Dr. Bernhard Wolff, einer der Mitbegründer und nachher der langjährige Besitzer der „Nat.-Ztg.“, sowie der Begründer des allbekannten Wolff'schen Telegraphen-Bureaus, nach längeren Leiden gestorben. Er hatte sein achtundsechzigstes Lebensjahr überschritten.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Das Verbot der vom communistischen Arbeiter-Bildungs-Verein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ erstreckt sich auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Mahnruf“ zur Ausgabe gelangen. — Ferner verboten: die zu Buckau mit Beschlag belegte Druckschrift: „Zum neuen Jahr“ — ein Gedicht — unterzeichnet „Ein Freund“. — Nr. 46 der unter dem Namen „Dresdner Presse“ in Dresden erscheinenden periodischen Druckschrift.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 10. Mai. [Das Ministerium und die äußerste Linke. — Bevorstehender Conflict zwischen dem Ministerium und dem Pariser Gemeinderath. — Die Ehrenlegion. — Ein Disciplinar-Prozeß. — Militärisches. — Kirchliches. — Zur Durchstechung der Landenge von Panama. — Türr und Garibaldi. — Tirard.] Der gestrige Artikel der „République Française“, welcher die äußerste Linke ermahnte, das unzweifelhaft republikanische Ministerium zu unterstützen und sich vor einer systematischen Opposition zu hüten, hat, wie es sich erwarten ließ, einigen Eindruck gemacht. Man hat darin einen Beweis dafür erkannt, daß Gambetta entschlossen sei, das Cabinet Waddington entschiedener als bisher durch seinen Einfluß zu unterstützen. Die Blätter des linken Centrums haben von diesem Symptom mit großer Genugthuung Act genommen. Die „Debats“ erklären heute ihrerseits die Nothwendigkeit, das bisherige Bündniß aller republikanischen Gruppen, dem man die Ueberwindung so vieler Hindernisse verdankt, auch ferner aufrechtzuerhalten, und sie sprechen die Ueberzeugung aus, daß die Gegner der Republik im Senat wie in der Kammer der Fortdauer dieses Bündnisses inne werden dürften, denn bei der ersten Zusammenkunft des Senats nach den Ferien habe man sich schon von den versöhnlichen und festen Absichten der republikanischen Mehrheit dieser Versammlung eine Vorstellung bilden können. Sollte wirklich die äußerste Linke mit dem Plan einer Campagne gegen das Ministerium umgehen, so wäre davon keine ernstliche Gefahr zu befürchten, denn die große Menge der Republikaner in beiden Kammern würde solche Velleitäten schon zu unterdrücken wissen. So die „Debats.“ Leider könnte die Zuversicht, die aus ihrem Artikel und den Artikeln gleichgesinnter Blätter spricht, durch einige Erklärungen der heutigen „République Française“ ein wenig getrübt werden. Man weiß, daß die Regierung den Vorschlag machen will, die Rückkehr der Kammern nach Paris an gewisse Bedingungen zu knüpfen. Sie thut das, um den gemäßigten Republikanern des Senats eine Beruhigung zu gewähren, denn diese wollen in die Uebersiedelung nach Paris nur dann willigen, wenn man ihnen eine Garantie dafür giebt, daß der Aufenthalt der Kammern in der Hauptstadt keine Unannehmlichkeiten für dieselben herbeiführen werde. Die von der Regierung ersonnene Garantie, dies wurde schon gemeldet, besteht nun darin, daß man die Polizeiverwaltung ausschließlich in den Händen der Centralregierung lassen und daß man dem Pariser Gemeinderath das Recht verweigern will, das Budget der Polizeipräfectur zu prüfen. Dieser Plan scheint im Ministerium zur vollen Reife gediehen zu sein und gegen ihn erhebt sich das Gambetta'sche Organ heute in ziemlich übellaunischer Weise. Nach den Aeußerungen des Gambetta'schen Organs läßt sich schließen, daß die Regierung nicht viel Aussicht hat, ihr Zugeständniß an den Senat von der Deputirtenkammer bewilligt zu sehen. — Es ist in der letzten Zeit wiederholt von der Ehrenlegion die Rede gewesen, und einer der Berichterstatter der Budgetcommission, Noirot, stellt bekanntlich die Forderung, daß man die amnestirten Anhänger der Commune, welche aus der Ehrenlegion ausgestoßen worden, wieder in die Listen derselben eintragen soll. In dem Bericht, den Noirot verfaßt hat, wird noch eine andere Maßregel verlangt, die auf die Befürwortung eines großen Theiles der Linken zählen kann. Der sogenannte Conseil der Ehrenlegion soll nach den ursprünglichen Bestimmungen alle zwei Jahre zur Hälfte erneuert werden. Diese Bestimmung hat man aber nicht eingehalten; seit dem Sturze des Kaiserreichs ist z. B. gar keine Aenderung in diesem Aufsichtsrath vorgenommen worden. So erklärt es sich, daß alle Mitglieder, mit dem Präsidenten General Vinoy an der Spitze, offene Bonapartisten sind. Die Republikaner werden also verlangen, daß die Regierung den nächsten Erneuerungstermin, welcher auf das Ende dieses Monats fällt, benutze, um eine Anzahl Repulikaner in den Conseil zu bringen. — Am nächsten Montag wird vor dem Cassationshofe ein interessanter Disciplinarprozeß zur Verhandlung kommen. Der Angeklagte ist der Präsident des Handelsgerichts von Bayonne, de Larrade-

Ministerium, gegen welchen der Justizminister das Disciplinarverfahren eingeleitet hat, weil derselbe eine Glückwunsch-Adresse an den kaiserlichen Prinzen unterzeichnet hat. — Die Unteroffiziere und Soldaten, welche sich jüngst im Lager von St. Maur der Insubordination schuldig machten, sind streng bestraft worden. 10 Corporale und 12 Unteroffiziere sind für zwei Monate degradirt und mehrere andere auf 30 Tage in Arrest geschickt worden. Außerdem hat man eine Anzahl Schüler der Turnschule zu ihren Regimentern zurückgesandt. — Der Abbé Isoard ist zum Bischof von Annecy ernannt worden. Er gehörte bei dem Concil von 1870 zur Minderheit, die sich gegen das neue Dogma aussprach. — Am 15. Mai wird hierselbst, wahrscheinlich im Grand Hotel, ein Congreß für die Durchstechung der Landenge von Panama zusammentreten. Ferd. v. Lesseps wird dabei den Vorsitz führen. — Der General Türr richtete vor einigen Tagen ein Telegramm an Garibaldi, worin er ihm in sehr eindringlichen Worten zu Gemüthe führte, wie sehr die Politik Garibaldi's und seiner Freunde mit den wahren Interessen Italiens und mit der Dankbarkeit, die man Victor Emanuel schulde, im Widerspruch stehe. Garibaldi hat nun auf diese Mahnung geantwortet und zwar mit folgendem lakonischen und wunderlichen Telegramm: „Wir italienische Republikaner sind die besten Freunde des Königs Humbert." — Der Handelsminister Tirard hat sich nach Marseille begeben. Er hat auch eine Einladung nach Lille angenommen, obgleich man behauptete, daß er sie ausschlagen werde, um nicht mit den dortigen Protectionisten zusammenzutreffen.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 12. Mai. [Fünfte ordentliche Generalversammlung des schlesischen Provinzial-Verbandes der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.] Die am 10. d. M. im Café Restaurant abgehaltene Versammlung wurde von dem Vorsitzenden, Rector Dr. Carstädt, mit einer Erinnerung an das unglückliche, verbrecherische Ereigniß eröffnet, welches dem 11. Mai 1878, dem Tage, an welchem die 4. ordentliche Generalversammlung stattfand, ein so trauriges Andenken gesichert. Die Versammlung gab ihrer patriotischen Gesinnung durch ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät den Kaiser Ausdruck. Nach dem Eintritt in die Tagesordnung wurde seitens des stellvertretenden Secretärs, Dr. Bauch, das Protokoll der letzten Sitzung zur Verlesung gebracht und zur Feststellung der Präsenzliste geschritten. Demnächst erstattet der Vorsitzende, Rector Dr. Carstädt, den Jahresbericht. Er gedenkt dabei des Dahinscheidens des Ausschußmitgliedes, Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Lewald, bei dessen ehrendem Andenken die Versammlung sich von den Plätzen erhebt. Aus den weiteren Mittheilungen des Jahresberichts seien nur folgende hervorgehoben: Der Verein zählte am 1. April 1879 297 wirkliche und 127 corporative Mitglieder, im Ganzen 409 Mitglieder. Zu den corporativen Mitgliedern gehören: 22 Bildungs-, 2 wissenschaftliche Vereine, 24 Gewerbe-, 4 Handwerker-, 18 Vorschuß-, 4 Consum-, 15 Bürgervereine und Ressourcen, 2 Ortsvereine, 7 Turnvereine, 4 Kriegervereine, 2 Schützengilden, 5 kaufmännische, 2 landwirthschaftliche Vereine, 6 Freimaurerlogen, 1 Lehrer-Collegium, 1 Lehrerschaft, 1 Schulvorstand, 3 Magistrate, 1 Bau- und Sparvereinsgesellschaft, 1 Genossenschaftsbuchdruckerei, 1 Eisenhüttenwerk, 1 Kranken- und Sterbekasse. Der Bericht macht demnächst Mittheilung über die in der 4. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes am 11. Mai 1878 in Breslau verhandelten Gegenstände. Der Ausschuß beauftragte, wie der Bericht bemerkt, den Vorstand mit der Abfassung eines Aufrufes zur Gewinnung neuer Mitglieder, der zur Folge hatte, daß die Zahl der wirklichen Mitglieder jetzt zu heben begann. Um Einwirkung auf das Volk zu gewinnen, versuchte es der Vorstand, neue Volksbildungsvereine ins Leben zu rufen, und wandte sich an eine größere Zahl von Vertrauensmännern in den Städten, wo noch keine den Zwecken des Verbandes entsprechende Vereine bestanden. Doch war hierin der Erfolg ein verhältnißmäßig geringer. Ebenso wurden in vielen Orten der Provinz zahlreiche Vorträge gehalten. Der Bericht macht ferner Mittheilung über das Volksmuseum, die Wanderbibliotheken, sowie über die versandten Schriften. Die Anzahl der Mitglieder belief sich in 47 Provinzial-Vereinen Schlesiens, welche dem Verband als corporative Mitglieder angehörten, im Jahre 1877 auf 8279 und stieg im Jahre 1878 auf 8361. Diese sehr geringe Zunahme im Ganzen findet ihre Erklärung in dem auffallenden Rückgange einiger Vereine, besonders in Oberschlesien, wofür das Niederliegen der Industrie in diesem Theile unserer Provinz die Erklärung darbietet. An andern Orten wird eine rege Thätigkeit entfaltet, alle Berufsklassen betheiligen sich am Werke. Die meisten Mitglieder besitzt der Gewerbeverein zu Breslau, welcher deren über 800 in sich schließt; 610 Versammlungen fanden in 42 von diesen Vereinen statt, die Zahl der bei Gelegenheit derselben gehaltenen Vorträge und Vorlesungen belief sich auf 481. Der Stand der Fortbildungsschulen ist im Wesentlichen derselbe wie im vorangegangenen Jahre. Bibliotheken oder wenigstens Anfänge dazu besitzen von den Vereinen 42. Diese Bibliotheken enthalten ca. 22,000 Bände. Ueber die stärksten Büchersammlungen verfügen der Breslauer Gewerbe-Verein mit 6500 Bänden und der Waldenburger Gewerbe- und Bildungs-Verein mit 4700 Bänden. Von sonstigen Sammlungen besitzt der Gewerbe- und Gartenbau-Verein zu Grünberg Zeichenvorlagen und andere Unterrichtsmittel, der Gewerbe-Verein zu Löwenberg eine Mineraliensammlung und chemische, physikalische Apparate, der Handwerker-Verein zu Breslau Noten und musikalische Instrumente. — Was die Kassen-Verhältnisse des Vereins anlangt, so betrugen die Einnahmen in dem Vereinsjahre 1878—79 3693 M., die Ausgaben 3350 M., so daß sich ein Bestand von 343 M. ergiebt.

Bei der Discussion über den Jahresbericht spricht Director Franz-Wüstegiersdorf den Wunsch aus, den Schriftenversandt dadurch zu fördern, daß man möglichst auf die Gewinnung kleiner wohlfeiler (10 Pfennig-) Broschüren sein Augenmerk richte. Geh. Regierungsrath Jacobi-Liegnitz regt die Verbreitung der früher von ihm herausgegebenen schlesischen Culturbilder an, die wahrscheinlich außerordentlich wohlfeil von dem Verleger zu beziehen sein dürften. Auf Grund des Berichts der Rechnungs-Prüfungs-Commission wurde seitens der Versammlung Decharge für den Vorstand beschlossen und dabei dem Kassirer, Kfm. Mugdan, und dem Verfasser des Jahresberichts, Dr. Bauch, der Dank durch Erheben von den Plätzen ausgesprochen. Bei der Festsetzung des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben für das folgende Jahr beschloß die Versammlung, die Einnahmen und Ausgaben auf 3728 M. zu etatiren. Was die Ausgaben anlangt, so wurden u. A. bewilligt: 50 M. für Bibliotheken, 950 M. für Vorträge, 350 M. für Broschüren, 710 M. für den Bildungsverein, 645 M. für die Centralkasse, 400 M. für das Secretariat, 70 M. für das Museum und das Scioptikon, 150 M. für die General-Versammlung, dieses Jahr in Danzig, 403 M. für General-Unkosten. — Bei der Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung der Central-Gesellschaft, welche im Juni zu Danzig stattfinden soll, wurde der Vorsitzende, Rector Dr. Carstädt, einstimmig gewählt. — Nach der Wiederaufnahme der durch eine mehrstündige Mittagspause unterbrochenen Verhandlungen referirte Rector Dr. Carstädt über das bereits auf die Tagesordnung der vorjährigen General-Versammlung gesetzte Thema: „Ueber die Bedeutung der geselligen Vergnügungen für die Bildungsvereine". Die in jener Versammlung angenommenen Thesen, zu deren Motivirung der Referent wesentlich Neues nichts hinzuzufügen hatte, lauten folgendermaßen: 1) Da die geselligen Vergnügungen sowohl denselben Zweck der geistigen und sittlichen Hebung der Menschen, wie die Bildungsvereine, verfolgen, als auch zur Belebung und Förderung der Vereinsthätigkeit wesentlich beizutragen geeignet sind, so sollen sie überall in das Programm der Bildungsvereine aufgenommen werden. 2) Der Vorstand soll es als eine seiner Aufgaben betrachten, nach dieser Richtung hin anregend, berathend und fördernd zu wirken. 3) In die vor Schluß des Vereinsjahres zur Beantwortung ausgesendeten Fragebogen ist die Rubrik aufzunehmen: „Was ist für gesellige Vergnügungen geschehen?" — An der Discussion über die in diesen Thesen angeregte Frage betheiligten sich Dr. Schiewek, Director Franz, Buchhändler Priebatsch, Bürgermeister Bobertag-Neumarkt, Rector Kotelmann-Namslau, Rector Dr. Carstädt, Geh. Regierungsrath Jacobi, Rentier Straßmann und Dr. Bauch. Außer in dem Austausch der in dieser Richtung gemachten Erfahrungen beschäftigte die Debatte sich namentlich mit der Erörterung der Mittel und Wege, wie die Mitglieder des Bildungsvereines ihrer Aufgabe, gerade die unteren Volksschichten, verheirathete Gesellen und Arbeiter, für bildende, edle und geistig erhebende Vergnügungen zu gewinnen, gerecht werden können. — Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die Bedeutung des Innungswesens für die Volksbildung" referirt Bürgermeister Bobertag-Neumarkt und begründet in eingehendem Vortrage folgende Thesen: 1) die Wiederbelebung des Innungswesens erscheint trotz der zahlreichen modernen Vereine zur Hebung des Gewerbestandes gerechtfertigt, weil in den letzten Jahrzehnten ein gesunder Fortschritt in der Civilisation der Masse des deutschen Gewerbestandes nicht erzielt worden ist. 2) Die Wiederbelebung der Innungen läßt für die Förderung gesunder Volksbildung das Beste hoffen, wenn dieselben nicht als lediglich wirthschaftliche Genossenschaften wieder aufleben, sondern als organische Glieder der Gemeinde in deren sittlichem Berufe zum Zweck der nationalen Civilisation bewußt theilnehmen. 3) Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung dürfte indirect durch Belehrung im Sinne des unter 2 Gesagten sehr förderlich auf die Neubelebung der Innungen einwirken. — Bei der Discussion empfiehlt Buchhändler Priebatsch von einer Beschlußfassung über die Thesen vorläufig Abstand zu nehmen und dieselbe einer späteren Versammlung vorzubehalten. Dieser Antrag wird vom Stadtverordneten Wehlau unterstützt, der sich seinerseits wenig von der Wiederbelebung der Innungen verspricht. Nach längerer Discussion, an welcher sich ferner Director Kranz, Bürgermeister Bobertag, Dr. Schiewek, Diakonus Just, Geh. Regierungsrath Jacobi betheiligen und bei welcher letzterer davor warnte, an die Wiederbelebung der Innungen zu große Hoffnungen zu knüpfen und sich namentlich gegen die Annahme der These erklärt, daß die Innungen als organische Glieder der Gemeinde zu betrachten seien, beschließt die Versammlung, ohne bestimmte Stellung zu den vorgetragenen Thesen zu nehmen, diesen Punkt der Tagesordnung für erledigt zu erklären. — Damit war die Tagesordnung erschöpft, und die Versammlung wurde gegen 6½ Uhr Nachmittag geschlossen.

= **Breslau**, 8. Mai. [Pädagogischer Verein.] In der ersten Sitzung des neuen Vereinsjahres hielt Bürgerschullehrer Weiß einen interessanten Vortrag über „die höhere Bürgerschule." Der Vortragende besprach die historische Entwickelung der höheren Bürgerschulen, den Lehrplan derselben und zeigte, welche Stellung sie im Schulorganismus überhaupt einnehmen und welche Berechtigungen sich an das Abiturienten-Zeugniß derselben anknüpfen. Die höheren Bürgerschulen geben ihren Zöglingen eine allgemeine Bildung, wie sie der Bürger, z. B. der Kaufmann, der Gewerbetreibende, der ländliche Gutsbesitzer für das praktische Leben braucht. Diese Schulen sind aber ihrer Bestimmung nach keine Vorbereitungs-Anstalten für Universität, Gymnasium oder Realschule. Das Abiturienten-Zeugniß der höheren Bürgerschulen berechtigt zum einjährig-freiwilligen Militärdienst, zur Aufnahme in die Prima einer Realschule erster Ordnung und nach einer Ministerial-Verfügung vom 29. April c. auch zum Eintritt in das Civil-Supernumerariat der Staats-Eisenbahn-Verwaltung. — In der an den Vortrag sich anschließenden Debatte wies Bürgerschullehrer Stroloke nach, daß für den Schüler aus dem Besuche der höheren Bürgerschule kein Gewinn erwachse, wenn der Vater die Absicht habe, seinen Sohn bestimmt nur bis zum 14. Jahre in die Schule zu schicken, da die Schüler bis zu dem betreffenden Alter die Anstalt meist nur bis zur vierten, in günstigeren Fällen bis zur dritten Klasse absolvirten. Durch diese Bildung aber sei der Knabe dann weniger gut für das Leben vorbereitet, als wenn er eine Elementarschule vollständig durchgemacht hätte.

—d. **Breslau**, 6. Mai. [Bezirks-Verein für die Nicolai-Vorstadt.] In der am 6. d. im „Deutschen Kaiser" abgehaltenen und von Herrn Maurermeister Simon geleiteten Versammlung wurde zunächst eine Revision der Statuten beschlossen und zur Vorberathung eine Commission gewählt. — Vom Herrn Polizei-Präsidenten war ein Schreiben eingegangen, in welchem derselbe mittheilt, daß mit sämmtlichen Directionen der hiesigen Eisenbahnen wegen Anbringung anderweiter Signalvorrichtungen zur Sicherung des Verkehrs auf den Eisenbahn-Wege-Uebergängen, Wege-Ueber- oder Unterführungen gepflogen worden, die indeß resultatlos geblieben sind, weil die betreffenden Eisenbahn-Verwaltungen erklärt haben, daß sie sich lediglich auf diejenigen Sicherungsvorkehrungen beschränken müssen, welche entweder bei der landespolizeilichen Abnahme der Eisenbahn-Bauobjecte ihnen auferlegt oder durch das Bahnpolizei-Reglement und die Signalordnung für die Eisenbahnen Deutschlands vorgeschrieben sind. Diesen Vorschriften sei sowohl seitens der Oberschlesischen, als auch der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn genügt. Der Herr Polizei-Präsident erklärt sich deshalb außer Stande, in dieser Beziehung auf die betreffenden Eisenbahnen weiter einzuwirken. Es werde jedoch dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit gewidmet werden. — Von der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn, sowie von der Oberschlesischen Bahn sind gleichfalls ablehnende Schreiben in dieser Angelegenheit eingegangen; letztere Bahn führt u. A. an, daß allseitig wegen „schwerwiegender" Bedenken von der Einrichtung einer besonderen Signalisirung der Züge Abstand genommen worden sei. — Nachdem der Vorsitzende über die letzte Etatsberathung und die Finanzlage der Stadt referirt hatte, wurde für den Sommer eine gemeinschaftliche Dampfschifffahrt nach Masselwitz in Aussicht genommen. — Eine längere Besprechung entspann sich hierauf über die übelständigen Gräben in der Nicolai-Vorstadt. Ueber die Verhältnisse des sogenannten Pfeffergrabens soll sich zunächst eine Commission orientiren. Bezüglich des Grabens, welcher von der Posener- nach der Schweitzerstraße der Berliner Chaussee entlang führt, wurde beschlossen, den Magistrat um dessen Zuschüttung zu ersuchen. Endlich soll an das Polizei-Präsidium die Bitte gerichtet werden, das Leiern in den Vorstädten zu untersagen. Von letzterem Beschlusse sollen die Bezirks-Vereine der übrigen Vorstädte in Kenntniß gesetzt werden.

A. F. **Breslau**, 12. Mai. [Handwerker-Verein.] Unter dem Vorsitz des Herrn Ingenieur Nippert fand gestern eine Sitzung des Vorstandes statt. — Es wurde zunächst beschlossen, den Garten und Saal des Matthiasparkes, in Rücksicht auf das freundliche Entgegenkommen, welches der Wirth dieses Etablissements den Vereinsgenossen im vorigen Sommer bewiesen, für die geselligen Montagsvereinigungen derselben, auch in dieser Saison beizubehalten. — Herr Kaßner hat dem Verein in liebenswürdiger Weise die Veranstaltung eines Frühconcertes am 18. Mai (bei ungünstiger Witterung am 25.) offerirt, bei welchem die Mitglieder und deren Angehörige, sowie eingeführte Gäste in unbeschränkter Zahl freien Eintritt haben. — Das Comite für die bevorstehende Gewerbeausstellung in Waldenburg hat beim Handwerkerverein den Absatz von Loosen für die im September stattfindende Verloosung von Werthgegenständen nachgesucht. Der Verkauf der Loose à 1 M. findet, so lange die Vortragsabende noch währen, an der Vereinscontrole, von da ab bis zur Ziehung in den Commanditen des Vereins, bei den Herren Jander (Gartenstraße), Gottwald (Gartenstraße) und Müller (Ring) statt. — Als Delegirte für den nächsten, am 5. und 6. Juli in Bunzlau stattfindenden schlesischen Gewerbetag wurden von der Versammlung demnächst die Herren Gerbermeister Fritsch und Maler Ulitz gewählt. — Ein kurzer Bericht des Vorsitzenden über die bisher erfolgten Schritte zur Bildung von Innungen und die Mittheilung einer großen Anzahl von eingegangenen Correspondenzen, Jahresberichten rc. schloß die Sitzung.

[Personal-Nachrichten.] Commissarisch ernannt: Der Polizeianwalt Milde in Schweidnitz zum Polizeianwalt für den Stadtbezirk des Königl. Kreisgerichts daselbst. Bestätigt: Die Wahl des Kaufmanns Albrecht zum Rathmann der Stadt Prausnitz bis zum 13. Februar 1885. Uebertragen: 1) Dem Gymnasialdirector Dr. Scheiding zu Waldenburg die Localinspection über die höhere Töchterschule daselbst; 2) dem Gymnasiallehrer Dr. Monse zu Waldenburg die Localinspection über die evang. Elementarschulen daselbst; 3) dem Rittergutsbesitzer Freiherrn v. Czettritz-Neuhaus auf Seitendorf die Localinspection über die kath. Schule in Dittmannsdorf, Kreis Waldenburg. Bestätigt die Vocationen: 1) für die Rectoren Dürr, Fiebig, Walther an städt. sechsklassigen evang. Elementarschulen in Breslau; 2) für das Fräulein Kretschmer und für die Schulamts-Candidatin Fräulein Grosse zu Lehrerinnen an städt. evang. Elementarschulen für Mädchen in Breslau; 3) für den Candidaten des höheren Schulamts Kalischek und für den wissenschaftlichen Hilfslehrer Unverricht zu ordentlichen Lehrern an der paritätischen Knabenschule in Namslau. 4) für den Lehrer Adelt zum Rector und die Lehrer Lehmann, Schön, Jung und Metzner zu Lehrern an der Mädchen-Mittelschule zu Ohlau. 5) für die Lehrerin Fräulein Geisler zur Lehrerin an der kath. Statdschule zu Striegau. Angestellt: Der Königliche Forstaufseher Emil Zwiener aus der Oberförsterei Peisterwitz als Förster zu Baruthe in der Oberförstirei Rogelwitz vom 1. Juli d. J. ab. Versetzt: Vom 1. Juli d. J. ab, der Königliche Förster Altenburg aus Baruthe, Forstreviers Rogelwitz, nach Thiergarten in der Oberförsterei Peisterwitz.

Befördert: 1) Der Appellationsgerichts-Bureau-Assistent Hubert zum Appelationsgerichts-Secretair. 2) Der Appelationsgerichts-Bureau-Diätar Fischer zum Appellationsgerichts-Bureau-Assistenten. Pensionirt: Der Appellationsgerichts-Secretair Kanzlei-Rath Gäbel. Befördert: 1) Der Calculator Klose zu Goldberg zum Secretair bei dem Kreichsgericht zu Lauban. 2) Der Bureau-Assistent Knetsch zu Görlitz zum Secretair bei dem Kreisgericht zu Rothenburg. Versetzt: Der Referendar Kretschmann aus dem Departement des Appellationsgerichts in Magdeburg an das Kreisgericht zu Görlitz. Ausgeschieden: Der Referendar Rackwitz zu Sagan Behufs seines Uebertritts in das Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a./O.

X. **Kattowitz**, 11. Mai. [Stadthaushalt. — Schulwesen. — Contra Falk.] Nachdem der hiesige Gemeinde-Etat pro 1879/80 erst am Ende des vorigen Monats durchberathen worden war, hat die Stadtverordneten-Versammlung am 8. d. Mts. die Communalsteuer in Höhe von 180,770 Mark, d. i. mit 300 pCt. der Klassen- und Einkommensteuer festgestellt; von diesem Betrage entfallen 21 pCt. auf die Forensen. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 210,000 Mark ab und bilden in letzterer den stärksten Posten 59,495 Mark für Verzinsung und Tilgung der Schulden, 54,217 Mark als Zuschuß zur Unterhaltung der Schulen und 37,482 Mark für die Verwaltung, welche neben dem Bürgermeister 4 Kassenbeamten, 2 Bureaubeamten, 7 Polizeibeamten, 1 Baubeamten, 4 Executoren, Boten und Straßenaufseher und 2—3 Lohnschreiber beschäftigt. Die Armenpflege kostet 19,979 M., wovon 7349 M. auf die Krankenpflege kommen. Ein altes, nur 16 Betten fassendes Krankenhaus dient zur Aufnahme armer weiblicher Kranker, während die zahlreicheren kranken Männer in dem nahen Hospital der Barmherzigen Brüder zu Bogutschütz untergebracht werden müssen. Der Bau eines dem Bedürfnisse und den Verhältnissen der Stadt angemessenen Krankenhauses dürfte sich in besseren Zeiten gar sehr der communalen Fürsorge empfehlen, nachdem ja für das Schulwesen so viel gethan worden ist. — Das hiesige Gymnasium erfreut sich in diesem Jahre wieder einer Zunahme seiner Schüler, deren Zahl am 1. Mai 285 betrug. Auf Grund des bekannten Vermerks im diesjährigen Etat des Unterrichts-Ministeriums bezüglich der Staatszuschüsse erhält die Stadt den ihrigen in Höhe von 5400 Mark in den nächsten 3 Jahren voll und sinkt ihr eigener Beitrag zu den 40,600 M. betragenden Unterhaltungskosten des Gymnasiums auf 5825 M. gegen mehr als 10,000 M. in den vorhergegangenen Jahren herab. Die höhere Töchterschule kostet 16,435 M., welche zu 4/5 durch das Schulgeld gedeckt werden und zählte am 1. Mai 171 Schülerinnen, darunter 23 auswärtige und 20 in der Selecta, welche auch erwachsenen Mädchen eine gute Gelegenheit bietet, sich für die Prüfung als Lehrerinnen, zu der sich bereits 3 hier vorgebildete junge Damen im vorigen Monat mit Glück unterzogen haben, vorzubereiten. Unter der Leitung des Rector Schaumann, eines tüchtigen Pädagogen, welcher vorher als Oberlehrer an einem weiblichen Seminar und als Mitglied einer Prüfungs-Commission für Lehrerinnen fungirt hatte, wirken 3 Lehrer, 3 wissenschaftliche Lehrerinnen, 1 Handarbeitslehrerin und 2 Religionslehrer an dieser zu den besten Hoffnungen berechtigenden Anstalt. — Die simultane Volksschule zählt 3 Mittelschul- und 16 Elementarschul-Knabenklassen, 15 Mädchenklassen, 27 Lehrer (2 Rectoren) und 6 Lehrerinnen, 1170 Knaben und 972 Mädchen. Die Kosten der Schule belaufen sich auf 55,439 M. Die Schule leistet der Volksbildung und Förderung des Deutschthums recht gute Dienste. Um so mehr mußte es die Mitglieder der hiesigen Schuldeputation befremden, als sie beiläufig erfuhren, daß gerade häufig deutsche Stunden versäumt werden müssen, wenn, wie die Königliche Regierung zu Oppeln direct dem hiesigen Pfarrer zugestanden hat, die für die Beichte vorzubereitenden katholischen Schüler von dem regelmäßigen Unterrichte dispensirt werden sollen. (cf. Zabrze!)

Nachrichten aus der Provinz Posen.

Posen, 10. Mai. [Verbandstag der posener Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften.] Am 18. d. Mts., Vormittags 8½ Uhr, wird hierselbst im Lambert'schen kleinen Saal unter Leitung des Herrn C. Meyer der Verbandstag der deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften der Provinz Posen abgehalten werden. Die Anwaltschaft wird durch Herrn Dr. Schneider aus Potsdam vertreten sein. (Pos. Z.)

Handel, Industrie rc.

Berlin, 12. Mai. [Börse.] Die von den auswärtigen Börsenplätzen vorliegenden Coursdepeschen boten nach keiner Richtung hin irgend eine Anregung und da auch auf dem politischen Gebiete ein Mangel an Nachrichten, die eine Conjunctur hätten eröffnen können, herrschte, so eröffnete die hiesige Börse in einer sehr lustlosen Haltung. Die Umsätze hielten sich in den allerengsten Grenzen und nur auf dem Markte für einheimische Eisenbahn-Actien zeigte sich noch einige Kauflust. Nicht ohne Einfluß auf die mitunter gedrückte Stimmung blieben die in Folge der kalten Witterung wiederum gestiegenen Getreidepreise. Im weiteren Verlaufe nahm das Geschäft einen ruhigeren Charakter an und die Veränderungen, die das Cours-Niveau überhaupt erfuhr, blieben ganz unbedeutender Natur. Die internationalen Speculationspapiere waren wenig fest, betheiligten sich aber nur sehr schwach am Verkehr. Oesterr. Creditactien erfuhren einen Rückgang von 2 M. auf die Nachricht, daß eine große Getreidefirma in Pest in Folge der steigenden Getreidepreise in Zahlungsstockung gerathen sei. Man fürchtet, daß dieses Vorkommniß nicht vereinzelt bleiben werde. Später befestigte sich die Haltung indeß wieder etwas. Auch die Oesterr. Nebenbahnen blieben meist vernachlässigt, nur für Elisabeth-Westbahn, Dux-Bodenbacher und Turnau-Prag war einige Frage. Galizier behaupteten sich bei ruhigem Verkehr. Die localen Speculationseffecten bewegten sich unter einigen Schwankungen ohne im wesentlichen aber das Coursniveau zu verändern. Disconto-Commandit-Antheile blieben ziemlich still. Laura-Actien notiren per ultimo 79,75—79,40—79,50. Auch in den auswärtigen Staatsanleihen fand nur ein wenig belangreiches Geschäft bei ziemlich fester Stimmung statt, nur in 1860er Loosen nahm der Verkehr belebtere Formen an, Russische Werthe ruhig. 5proc. Anleihe per ultimo 85⅞—⅝. Noten per ultimo 197—196½ (Vorprämie 198¼/1½), per Juni 197½—97 (Vorprämie 199½/2½). Preußische und andere deutsche Staatspapiere fest, aber still. Eisenbahn-Prioritäten schwächer. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkte hatte der Verkehr in fester Haltung begonnen, gegen Schluß schwächte sich die Stimmung etwas ab. Stettiner zogen 2½ pCt. an, Halberstädter und Potsdamer vernachlässigt, Oberschlesische schwächer. Leichte Bahnen vernachlässigt; Rumänen anfangs fest, später matt. Bank-Actien trugen eine ziemlich feste Tendenz. Deutsche Bank zog im Course an, Bergisch-Märkische Industrie, Börsen-Handelsverein und Deutsche Hypoth. steigend, Königsberger Vereinsbank, Spielhagen, Handelsgesellschaft, Breslauer Wechslerbank, Leipziger Disconto- und Meininger Bank kamen ebenfalls höher zur Notiz. Breslauer Discontobank mußte etwas nachgeben. Industriepapiere fanden meist gute Beachtung. Stralsunder Spielkarten besserten die Notiz auf 54,75. Große Pferdebahn anziehend. Breslauer Oelfabrik besser, Adlerbrauerei, Ahrens Brauerei erhöhten die Notirungen. Mittelwohnungen beliebt. Bauverein Unter den Linden ging zu besserem Course um. Egells Maschinenfabrik erhöhte die Notiz. Montanwerthe sehr still, Hörder. Dortmunder Actien und Prioritäten, Bergisch-Märkisches Bergwerk, Gelsenkirchen zogen in den Coursen an. Billiger waren erhältlich: Köln-Müsen, Bonifacius und Wittener.

Um 2½ Uhr: Besser. Credit 450,50, Lombarden 134,—, Franzosen 463,50, Reichsbank —,—, Disconto-Commandit 150,12, Laurahütte 79,25, Türken 11,50, Italiener 78,10, Oesterr. Goldrente 68,12, Ungarische Goldrente 79,75, Oesterr. Silberrente 57,62, do. Papierrente 57,50, 5% Russen 85,62, Köln-Mindener 124,25, Rheinische 118,12, Bergische 88,50, Rumänen 30,50, Russische Noten 196,—. Marienburg-Mlawka-Prioritäten — Gld.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,— bez., do. Eisenbahn-Coupon 173,— bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,165 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,165 bez., do. Papier-Dollars 4,165 bez., 6% New-York-City —,— bez., Ruff. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Ruff.-Engl. conf. verl. —,— bez., Ruff. Zoll 20,48 Gld., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., 8% Rumän. Div.-Sch. p. 78 —,— bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Lstr.-Obligat. 20,37 bez.

Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat April 1879 betragen (provisorisch ermittelt):

1) aus dem Personen-Verkehr	115,312	Mark
2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr	317,533	„
3) Extraordinaria	31,403	„
Summa pro April	464,248	Mark.
Die Einnahme pro April 1878 beträgt (definitiv festgestellt)	470,547	Mark
Mithin pro 1879 weniger	6,299	Mark.
Einnahme bis Ende April 1879	1,681,819	Mark
„ „ „ „ 1878	1,783,020	„
Mithin pro 1879 weniger	101,201	Mark.

Triest, 12. Mai. Der Lloyd-Dampfer „Narenta" ist heute Morgen 4½ Uhr mit der ostindischen Ueberlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Berliner Börse vom 12. Mai 1879.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	99,20 bz
Consolidirte Anleihe	4½	105,80 bz
do. do. 1876	4	99,90 bz
Staats-Anleihe	4	99,00 bzB
Staats-Schuldscheine	3½	94,00 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	154,25 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,20 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	102,75 bz
Pommersche	3½	88,50 bz
do.	4	98,25 bz
do.	4½	103,80 bz
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	97,75 bz
Schlesische	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	97,90 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98,60 bz
Pommersche	4	98,30 G
Posensche	4	98,30 bz
Preussische	4	98,30 G
Westfäl. u. Rhein.	4	99,50 bz
Sächsische	4	99,75 bzG
Schlesische	4	99,25 bz
Badische Präm.-Anl.	4	129,75 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	129,75 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	126,60 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	75,75 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,10 G
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,50 bzG
do. do.	5	103,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	97,00 bzG
do. do. do.	5	102,50 bzG
Künd br. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,00 bz
Unkünd. do. (1872)	5	103,90 bz
do rückzb. à 110	5	110,00 bz
do. do. do.	4½	103,00 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,80 bzG
Kün db. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	95,90 bzG
do. do. Pfandbr.	5	94,50 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	99,50 B
do. do. II. Em.	5	94,90 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	114,50 B
do. do. II. Em.	5	110,00 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	102,75 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,00 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	113,50 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	102,80 bz
do. do.	4½	99,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,00 G
do. do. 4½%	4½	100,00 bzG

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.)	4⅕	57,70 bz
do. (1./4.-1./10.)		57,70 G
do. Goldrente	4	68,50 bz
do. Papierrente	4⅕	57,50 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	111,75 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	120,25 bz
do. Credit-Loose	fr.	320,00 bz
do. 64er Loose	fr.	293,00 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	148,00 bzG
do. do. 1866	5	145,90 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	56,75 bzB
do. II. do. v. 1878	5	56,80-90-80bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	76,80 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	81,85 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	63,90 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,25 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,80 bz
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	101,60 bz
Ital. 5% Anleihe	5	78 40 ebz
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	82,30 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	11,50 bzG
Ungar. Goldrente	6	79,80 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	178,00 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	78,20 bzB
do. Schatzanw.	6	— —
do. do. II. Abth.	6	103,10 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose —		
Finnische 10 Thlr.-Loose 42,00 B		
Türken-Loose 37,40 bzB		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	88,50 B
do. do. VI.	4½	102,75 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	102,30 bzG
Berlin-Görlitz	5	103,25 G
do.	4½	97,25 bz
do. Lit. C.	4½	93,00 bzG
Bresl-Freib. Lit. DEF	4½	101,00 G
do. Lit. G.	4½	101,60 G
do. do. H.	4½	100,30 bz
do. do. J.	4½	100,30 bz
do. do. K.	4½	100,30 bz
do. von 1876.	5	103,90 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	97,00 B
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	97,00 bzG
do. V.	4	97,00 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	102,90 G
Hannover-Altenbeken	4½	99,25 bz
Märkisch-Posener	5	— —
M.-M. Staatsb. I. Ser.	4	98 40 B
do. do. II. Ser.	4	97,00 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	98,40 B
do. do. III. Ser.	4	97,90 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	89,75 B
do. F.	4½	103,05 B
do. G.	4½	102 00 G
do. H.	4½	102,85 G
do. von 1869.	5	102,20 bz
do. von 1873.	4	96,00 bz
do. von 1874.	4½	102,75 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,40 bzG
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	101,10 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	102,75 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar	5	87,20 B
do. do. in Pfd. Sterl. à 20 Mark gar.	5	— —
Charkow-Krementsch. gar.	5	84,20 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Dux-Bodenbach	fr.	79,50 bzG
do. II. Emission	fr.	71 90 bz
Prag-Dux	fr.	30 25 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	88,75 bzG
do. do. neue	5	88,00 bz
Kaschau-Oderberg	5	67,25 bzG
Ung. Nordostbahn	5	63,70 bz
Ung. Ostbahn	5	61,60 bzB
Lemberg-Czernowitz	5	71,70 bzB
do. do. II.	5	74,20 bzB
do. do. III.	5	68,00 bz
do. do. IV.	5	63.30 bz
Mährische Grenzbahn	5	60,00 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	22,60 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	73,60 bz
Oesterr.-Französische	3	360.50 bzG
do. do. II.	3	348,10 G
do. südl. Staatsbahn	3	258,60 bzG
do. neue	3	258,50 bzB
do. Obligationen	5	89,40 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	88,10 bz
Warschau-Wien II.	5	99,75 bzG
do. III.	5	97,75 bzG
do IV.	5	97,00 bzG
d V.	5	87.90 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	169,70 bz
do. do.	2 M.	3½	168,75 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,35 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,15 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	195,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	196,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	173,35 bz
do. do.	2 M.	4	172 35 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 267.90 bz
Badische 35 Fl.-Loose 169,60 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 85.60 bzG
Oldenburger Loose 149,50 bzB

Ducaten 9,61 bzG	Dollars 4,21 G
Sover. — —	Oest. Bkn. 173,55 bz
Napoleon 16.22 bz	do. Silbergd — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 196,45 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1877	1878		
Aachen-Mastricht.	½	½	4	18 20 bz
Berg.-Märkische	3⅓	4	4	86,90 bz
Berlin-Anhalt	5¾	5	4	91,25 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	12,90 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	17,75 bzG
Berlin-Hamburg	11½	16½	4	177,90 bzB
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	3½	4	89.50 bzB
Berlin-Stettin	7 1/10	3⅗	4	102 25 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	82,10 bzG
Bresl.-Freib.	2½	3¼	4	76,00 bz
Cöln-Minden	5 1/20	6,5	4	124,50 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	27,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	9 2/7	—	4	102 90 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	14,80 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	15 00 bzB
Kaschau-Oderberg	4	4	5	46,90 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	56,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	184,25 bz
Märk.-Posener	0	0	4	22,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	137,75 bz
Mainz-Ludwigsh.	5	4	4	75,90 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,50 bzB
Oberschl. A. C. D. E.	8½	8½	3½	149,10 bz
do. B.	8½	8½	3½	133,50 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	466,50-62,00
Oest. Nordwestb.	4,15	—	5	220 0 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	134,50-33,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	50,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅓	7	4	121 25 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	41,10 bzB
Rheinische	7	7	4	118,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	96.40 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	9,75 bzG
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	31-30,30 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	18,40 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	102,90 bzG
Thüringer Lit. A.	7⅛	8	4	129,30 bz
Warschau-Wien.	5	—	4	185,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	25,90 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	43,75 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	32,00 B
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	42,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	30,10 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	19,25 bzG
Märkisch-Posener	4½	5	5	93,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	86,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	109,00 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	94,00 bzG
Rechte-O.-U.-E.	6⅓	7	5	123,40 bz
Rumänier	8	8	8	86,75 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	25,75 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	21,50 bzG

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	2	2	4	50,10 G
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	8 4/15	8 9/10	4	159,00 bzG
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	67,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6	6	4	57,25 bzG
Braunschw. Bank.	3	4½	4	85,75 G
Bresl. Disc.-Bank.	3	3	4	74,75 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅓	5⅔	4	84 60 G
Coburg. Cred.-Bnk.	5	4½	4	74,50 bzG
Danziger Priv.-Bk.	0	5⅕	4	107,00 bzG
Darmst. Creditbk.	6¾	6¾	4	128,20 bz
Darmst. Zettelbk.	5¾	5¼	4	103,60 G
Deutsche Bank	6	6½	4	116,66 bzG
do. Reichsbank	6,29	6,3	4½	159 90 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	7½	6¼	4	91,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	5	6½	4	150 00 bz
do. ult.	5	6½	4	150,75-49,75
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	97,50 G
do. junge	5½	5½	4	98,00 bzG
Goth. Grundcredb.	8	6	4	95,00 bzB
do. junge	8	6	4	94 00 bzG
Hamb. Vereins-B.	10⅝	7¾	4	121,50 G
Hannov. Bank	6	6½	4	104,90 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	6	6	4	86 40 bzG
Lndw.-B. Kwilecki.	0	—	4	63 G
Leipz. Cred.-Anst.	5⅔	6⅔	4	129 00 bzG
Luxemburg. Bank	6½	7½	4	119,50 bzG
Magdeburger do.	5 9/10	6 3/10	4	113,75 bz
Meininger do.	2	2½	4	87,00 bzG
Nordd. Bank	8½	8⅘	4	146 60 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	5	6	4	49,50 G
Oberlausitzer Bk.	3	4	4	70,50 bzG
Oest. Cred.-Actien	8⅛	8¾	4	450½-447¼
Posener Pro.-Bank	6½	4	4	104 50 bzB
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	5	4	78,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	123,50 bzG
Sächs. Bank	5¾	5¾	4	107,50 B
Schl. Bank-Verein	5	5	4	92,75 B
Weimar. Bank	0	0	4	38,00 bzG
Wiener Unionsbk.	3½	5	4	133,50 B

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	46,00 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	— —
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	— —
Gwb. Schuster u. C.	—	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	—	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	107,25 G
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	63,00 G
Thüringer Bank	0	—	fr.	80,06 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	—	—	fr.	— —
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	13,40 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	—	4	94,00 G
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	34,75 bzG
Nordd. Gummifab.	4	4	4	52,00 bz
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	5	4	92,00 B
Schles. Feuervers.	25	21	fr.	940 G
Donnersmarkhütt.	3	½	4	34,60 bzG
Dortm. Union	0	—	4	13,00 bzG
do. abgest.	0	—	4	14,50 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	79,50 bz
Lauchhammer	0	—	4	33,25 bzG
Marienhütte	3	—	4	52,50 G
Cons. Redenhütte	—	—	4	95,75 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	14,00 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	6½	—	4	79,50 B
do. St.-Pr.-Act.	6½	—	4	99,00 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4½	50,00 bzG
Vorwärtshütte	0	—	4	10,00 bz
Baltischer Lloyd	—	—	4	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	fr.	— —
Bresl. E.-Wagenb.	1	5⅓	4	61,25 bzG
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	54,60 bzB
Erdm. Spinnerei	0	0	4	29,00 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	63,00 bzG
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	0	4	20,00 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	36,25 bzG
Schl. Leinenind.	4	—	4	74,00 bzG
do. Porzellan	1½	1½	4	27 B
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	26,00 bzB

Bank-Discont 3 pCt
Lombard-Zinsfuss 4 pCt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 425. Pariser Wechsel 81, 12. Wiener Wechsel 173, 00. Böhmische Westbahn 164½. Elisabethbahn 154½. Köln-Mindener-Prämien-Antheilscheine 126⅝. Galizier 205. Franzosen *) 231. Lombarden *) 67. Nordwestbahn 110. Silberrente 57⅞. Papierrente 57⅜. Oesterreich. Goldrente 68¼. Ungar. Goldrente 79⅝. Italiener —. Russ. Bodencredit —. Russen 1872 —. Neue russ. Anleihe 85¾. 1860er Loose 120⅛. 1864er Loose 291, 00. Creditactien*) 224. Oest. National-Bank 712, 50. Darmstädter Bank 128⅝. Meininger Bank 85⅞. Hess. Ludwigsbahn 73⅜. Ungarische Staatsloose 179, 00. do. Schatzanweisungen 103. do. Ostbahn-Obligationen II. 72⅞. Central-Pacific —, —. Reichsbank 155. Reichs-Anleihe 99⅛. II. Orientanleihe 56¾. Oldenburger Loose —. Discont — pCt. — Wenig belebt, zurückhaltend.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 223¾, Franzosen 230⅞, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, —, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 12. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 123⅞, Silberrente 57⅞, Oesterr. Goldrente 68¼, Ung. Goldrente 79¾, Creditactien 225, 1860er Loose 120¼, Franzosen 579, Lombarden 167, Ital. Rente 78¼, Neue Russen 85½, Vereinsbank 122⅛, Laurahütte 79¼, Commerzbank 106¾, Norddeutsche 145, Anglo-deutsche 34⅜, Internation. Bank 92½, Amerik. de 1885 95¾, Köln-Minden. St.-A. 124¾, Rhein. Eisenbahn do. 118⅞, Bergisch-Märk. do. 89. Disconto 1⅞ pCt. — Schluß fest.

Hamburg, 12. Mai, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine höher. Roggen loco und auf Termine höher. Weizen per Mai 196 Br., 195 Gd., per September-October 199 Br., 198 Gd. Roggen per Mai 124 Br., 123 Gd., per September-October 129 Br., 128 Gd. Hafer fest. Gerste fest. Rüböl fest, loco 59½, per Mai 59½, per October 61½. Spiritus fest, per Mai 38¼ Br., per Juni-Juli 39 Br., per Juli-August 40 Br., per August-September 41 Br. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum still, Standard white loco 9, 30 Br., 9, 10 Gd., per Mai 9, 00 Gd., per August-Dec. 8, 80 Gd. — Wetter: Wärmer.

Liverpool, 12. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 2000 B. amerikanische.

Liverpool, 12. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikanische matt. Middl. amerikanische Mai-Juni-Lieferung 6 13/16, Juni-Juli-Lieferung 6 13/16 D.

Pest, 12. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und Termine fest, per Frühjahr 9, 85 Gd., 9, 90 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 65 Gd., 5, 70 Br. — Mais per Frühjahr 5, 12 Gd., 5, 15 Br. — Wetter: Regen.

Paris, 12. Mai, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen —, per Mai 28, 00, per Juni 28, 00, per Juli-August 28, 00, per September-Decbr. 28, 00. Mehl matt, per Mai 59, 50, per Juni 60, 50, per Juli-August 61, 25, per Septbr.-Decbr. 61, 75. Rüböl ruhig, per Mai 82, 50, per Juni 83, 00, per Juli-August 83, 75, per Sept.-Decbr. 85, 00. — Spiritus matt, per Mai 55, 50, per September-Decbr. 56, 25. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 12. Mai, Nachmitt. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Mai pr. 100 Kilgr. 49, 25, Nr. 7/9 pr. Mai per 100 Kilgr. 55, 25. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Klgr. per Mai 58, 25, pr. Juni 58, 50, per Juli-August 59, 00, per September-December 58, 50.

London, 12. Mai. Havannazucker Nr. 12 21. Träge.

Antwerpen, 12. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen gefragt. Hafer fest. Gerste unverändert.

Antwerpen, 12. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 21¼ bez. u. Br., per Juni 21 Br., per September 21¾ bez. u. Br., per September-Decbr. 22 bez. u. Br. — Ruhig.

Bremen, 12. Mai, Nachm. In Petroleum großes Geschäft. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 65—8, 70, per Juni 8, 40, per Juli 8, 40, per August-December 8, 70. Alles bezahlt.

Stettin, 12. Mai. [Verloosung.] Bei der heute stattgehabten Ziehung der Stettiner Pferde- und Equipagen-Verloosung wurden folgende Hauptgewinne gezogen: Nr. 648 ein Wagen mit Pferd, Nr. 9622 desgl.; Nr. 17,991 ein Jagdwagen mit 4 Pferden, Nr. 30,888 ein Landauer mit 2 Pferden, Nr. 36,482 ein Wagen mit 2 Pferden, Nr. 40,313 ein Wagen mit Pferd, Nr. 41,493 ein Wagen mit 2 Ponnys, Nr. 3223, Nr. 18,508, Nr. 19,279 je 2 Wagenpferde.

Plymouth, 12. Mai. Der Hamburger Postdampfer „Frisia" ist hier eingetroffen.

New-York, 12. Mai. Der Dampfer „Helvetia" von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Berlin, 12. Mai. [Producten-Bericht.] Die Witterung bewahrt hartnäckig ihren sterilen Charakter, sie ist offenbar das Hauptmotiv für die fortgesetzte Conjunctur in Getreide. — Roggen wurde im Beginn der Börse zu etwa 3 M. höheren Preisen lebhaft umgesetzt auf Termine, ermattete dann ein wenig, schließt aber von Neuem ziemlich fest. Der Handel loco kann, beschränkten Angebots wegen, sich nicht entfalten. — Roggenmehl wurde wesentlich besser bezahlt. — Weizen stieg neuerdings ganz merklich im Preise, doch ist der Umsatz nicht sonderlich rege gewesen. — Hafer loco sehr fest und etwas höher, auch Termine haben Fortschritte in der Preissteigerung gemacht. — Rüböl, anfänglich besser bezahlt, hat gegenüber wenig vermehrtem Angebot den kleinen Aufschwung größtentheils wieder eingebüßt. — Petroleum fester. — Spiritus etwas höher und ziemlich lebhaft, aber matt zum Schluß.

Weizen loco 170—210 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber schlesischer — M. ab Bahn bez., weißer polnischer 205 M. ab Bahn bez., per Mai 198½ M. bez., per Mai-Juni 198 M. bez., per Juni-Juli 198—197½—198 M. bez., per Juli-Aug. 200—198½—199½ M. bez., Sept.-October 200½—200½—201 Mark bez. Gekündigt 2000 Centner. Kündigungspreis 198 Mark. — Roggen loco 127—140 Mark pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, abgelaufene Kündigungsscheine 128 M. bez., russ. 128—128½ M., inländischer 138—139 M. ab Bahn und Kahn bez., defecter russ. — Mark ab Bahn bez., per Mai 128½—129—128½ M. bez., per Mai-Juni 128—128½ M. bez., per Juni-Juli 128—128½ M. bez., per Juli-August 129½—130—129½ M. bez., per August-September — Mark bez., per September-October 133½—133—133½ M. bez. Gekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 128½ M. — Gerste loco 110—185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco 114—119 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — M. ab Bahn bez., amerikanischer — Mark ab Kahn bez. — Hafer loco 123—148 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 128—133 M. bez., russischer 128 bis 133 M. bez., pommerscher 132 bis 135 M. bez., schlesischer 128—135 M. bez., böhmischer 128—135 M., feiner weißer pommerscher u. mecklenburgischer 136—138 M. ab Bahn bez., per Mai 135—134 M. bez., per Mai-Juni 134—133 M. bez., per Juni-Juli 134—133 M. bez., per Juli-August 134½—134 M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 138½—137½ M. bez. Gekündigt 5000 Centner. Kündigungspreis 134½ Mark. — Erbsen, Kochwaare: 139—190 M., Futterwaare: 128—138 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 28,00—27,00 M. bez., Nr. 0 26,50—25,00 M., Nr. 0 und 1: 25,00—23,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 20,00—18,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 18,25—17,00 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Mai und Mai-Juni 18,45—18,40—18,45 Mark bez., per Juni-Juli 18,45—18,40—18,45 M. bez., per Juli-August 18,55—18,50 M. bez., per September-October 18,80 Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — M. bez., ohne Faß 58 Mark bez., per Mai 58,4—58,2 M. bez., per Mai-Juni 58,4 bis 58,2 Mark bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-October 59,8 bis 59,9—59,7 Mark bez., per October-November 60—59,9 Mark bez., per November-December — Mark bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 21,5 M. bez., per Mai 21 M. Gd., per Mai-Juni — M. bez., per September-October 23,8 M. Gd. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 53,6—53,7 M. bez., per Mai und Mai-Juni 53,5—53,4 Mark bez., per Juni-Juli 53,6—53,5 M. bez., per Juli-August 54,6—54,3—54,4 Mark bez., per August-September 55,1—54,9 Mark bez., per September-October 54,3 Mark bez. Gekündigt 40,000 Liter. Kündigungspreis 53,5 Mark.

⊕ **Breslau**, 13. Mai, 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war wegen zu hoher Forderungen schleppend, bei stärkerem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen, nur zu notirten Preisen verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 18,90—19,40 Mark, gelber 17,00—18,30 bis 18,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in fester Haltung, pr. 100 Kilogr. 11,80 bis 12,60—13,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste höher gehalten, pr. 100 Kilogr. 11,30 bis 13,20 Mark, weiße 13,30—14,00 Mark.

Hafer mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,80 bis 12,40 Mark.

Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 9,80—10,30—10,90 Mark.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00 bis 14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80 bis 8,10 Mark. blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Mark.

Oelsaaten schwach zugeführt.

Schlaglein sehr fest.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	25	24	50	23	50
Winterraps	25	75	25	—	24	25
Winterrübsen	25	75	25	—	24	50
Sommerrübsen	25	25	24	50	23	75
Leindotter	21	50	20	50	20	—

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark.

Leinkuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 9,30—9,70 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 28—33—38 bis 41 Mark, — weißer ohne Frage, pr. 50 Kilogr. 30—38—45—55 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mark.

Mehl preishaltend, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 27,00—28,50 Mark, Roggen fein 19,75—20,75 Mark, Hausbacken 18,75—19,75 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,75 Mark, Weizenkleie 6,80—7,80 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 12., 13.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	4°,5	3°,3	4°,3
Luftdruck bei 0°	331''',49	332''',58	332''',89
Dunstdruck	2''',47	2''',69	2''',20
Dunstsättigung	83 pCt.	100 pCt.	75 pCt.
Wind	N. 3.	NW. 3.	W. 1.
Wetter	bedeckt. Regen.	bedeckt. Regen.	trübe. Nchts. Reg.
Wärme der Oder			7 Uhr: 7°,5.

Breslau, 13. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 24 Cm. U.-P. — M. 88 Cm.

Wasserstands-Telegramm.

Ratibor, 12. Mai, 1 Uhr Nachmittags. Wasserstand 4 Meter.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Stuttgart, 12. Mai. Die Vermählung des Herzogs Georg von Leuchtenberg mit der Prinzessin Therese, Tochter des Prinzen Peter von Oldenburg, hat gestern in Gegenwart des Königs und der Königin, sowie des Hofes programmmäßig stattgefunden.

London, 12. Mai. Unterhaus. Bourke antwortet Baxter, er wisse nichts von einem Uebereinkommen zwischen der Türkei und Rußland, wonach die Türkei auf das Recht, Garnisonen im Balkan zu haben und Plätze in Ostrumelien zu besetzen, verzichtet. Beach erklärte, die Boers lösten ihr Lager am 18. April auf und kehrten friedlich heim. Die Conferenz Freres ist günstig abgelaufen. Northcote theilte mit, die Pfingstferien dauern vom 27. Mai bis 9. Juni.

[Militair-Wochenblatt.] v. Brozowski, General-Major und Commdr. der 8. Cav.-Brig., in gleicher Eigenschaft zur 2. Garde-Cav.-Brig. versetzt. Graf von Strachwitz, Oberst und Commdr. des 2. Bad. Drag.-Regts. Markgraf Maximilian Nr. 21, unter Stellung à la suite dieses Regts., mit der Führung der 8. Cav.-Brig. beauftragt. von Heister, Major und etatsm. Stabsoffiz. vom 2. Leib-Hus.-Regt. Nr. 2, zum Commdr. des 2. Bad. Drag.-Regts. Markgraf Maximilian Nr. 21 ernannt. von Alvensleben, Major vom 2. Westfäl. Hus.-Regt. Nr. 11, unter Entbind. von dem Commdo. als Adjut. bei der Großherzogl. Hess. (25.) Div., als etatsm. Stabsoffiz. in das 2. Leib.-Hus.-Regt. Nr. 2 versetzt. von Gottberg, Oberst und Commdr. des Kurmärk. Drag.-Regts. Nr. 14, in gleicher Eigenschaft zum 1. Garde-Drag.-Regt. versetzt. Vogt, Major und etatsm. Stabsoffiz. vom 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8, zum Commdr. des Kurmärk. Drag.-Regts. Nr. 14 ernannt. von Krenzki, Major und Escadrons-Chef vom Ostpreußischen Cuirassier-Regiment Nr. 3 Graf Wrangel, als etatsmäßiger Stabsoffizier in das 2. Schlesische Dragoner-Regiment Nr. 8 versetzt. Haupt, Major à la suite des Generalstabes der Armee und vom Nebenetat des großen Generalstabes, in den Generalstab der Armee einrangirt und behufs weiterer Verwendung als Vermess.-Dirigent zur Landesaufnahme commandirt. v. Alvensleben, Pr.-Lt. vom 2. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 47 und commandirt zur Dienstleist. bei dem großen Generalstabe, unter Beförderung zum Hauptm. und Belass. bei dem großen Generalstabe, in den Generalstab der Armee versetzt. v. Prittwitz und Gaffron, Pr.-Lt. vom 2. Schles. Jäger-Bat. Nr. 6, commdrt. zur Dienstleist. bei dem großen Generalstabe, unter Beförder. zum Hauptm., Stellung à la suite des Generalstabes der Armee und unter Belass. bei dem großen Generalstabe, in den Nebenetat des großen Generalstabes versetzt. v. Hagen, Pr.-Lt. vom Garde-Füs.-Regt., unter Versetzung in das 2. Schles. Jäger-Bat. Nr. 6, Frhr. v. Grotthuß, Pr.-Lt. vom Königs-Gren.-Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7, v. Donat, Pr.-Lt. vom 1. Posen. Inf.-Regt. Nr. 18, v. Chamier, Pr.-Lt. vom 2. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 23, Werner, Pr.-Lt. vom 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, Kuhn, Pr.-Lt. vom Niederschles. Feld-Art.-Regt. Nr. 5, von dem Commando zur Dienstleistung bei dem großen Generalstabe zum 1. Mai cr. entbunden. Blankenburg, Pr.-Lt. vom 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11, Nitschke, Pr.-Lt. vom 3. Posen. Inf.-Regt. Nr. 58, Meißner, Pr.-Lt. vom 3. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 62, Moßner, Prem.-Lt. vom 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8, unter Entbindung von dem Commando als Adjutant der 5. Cav.-Brigade, — sämmtlich zur Dienstleistung bei dem großen Generalstab vom 1. Mai c. ab auf ein Jahr commandirt. v. Keller, Sec.-Lt. vom 1. Schles. Drag.-Regt. Nr. 4, unter Beförd. zum Pr.-Lt., in das Magdeb. Drag.-Regt. Nr. 6 versetzt. Frhr. v. Manteuffel, Sec.-Lt. vom Posen. Ulan-Regt. Nr. 10, als Adjutant zur 5. Cav.-Brigade commandirt. Windt, Hauptm. aggr. dem 1. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 46 und commandirt zur Dienstleistung als Directionsmitglied bei der Militär-Schießschule, unter Stellung à la suite des Regiments zum Directionsmitglied bei der Militär-Schießschule ernannt. v. Ruville, Sec.-Lt. vom 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, in das Garde-Jäger-Bat. versetzt. Graf v. Schwerin, Oberstlt. a. D., zuletzt im 4. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 30, unter Fortfall der ihm bei seiner Verabschiedung ertheilten Aussicht auf Anstellung im Civildienst, mit der Erlaubniß zum Tragen der Uniform des vorgenannten Regts. zur Disposition gestellt. Herzog, Sec.-Lt. a. D., zuletzt von der Landwehr des Eisenb.-Regiments, der Charakter als Pr.-Lt. verliehen. v. Bünau, Major a. D., zuletzt im Großherzoglich Mecklenb. Gren.-Regt. Nr. 89, mit der Erlaubniß zum ferneren Tragen der Uniform des Rhein. Jäger-Bats. Nr. 8, zur Disposition gestellt. v. Kotze, Major vom 5. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 48, in das Schleswig. Inf.-Regt. Nr. 84, Laacke, Major vom Schleswig. Inf.-Regt. Nr. 84, in das 5. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 48 versetzt. v. Versen, Oberstlt. a. D., zuletzt im 5. Ostpreußischen Inf.-Regt. Nr. 41, mit der Erlaubniß zum ferneren Tragen der Uniform des gedachten Regimentes zur Disposition gestellt.

„**Auf schwankem Grunde**", die von uns bereits in ihrer Bedeutung gewürdigte Novelle von Maximilian Bern ist im Verlag von G. J. Göschen zu Stuttgart in zweiter Auflage im Prachteinbande mit Goldschnitt erschienen.

Nr. 18 der „**Social-Correspondenz**" enthält: Kindergärten. — Neger-Auswanderungen vom Süden nach dem Norden und Nordwesten der Vereinigten Staaten. — Die wirthschaftliche Bedeutung der Maschinen. — Lehrlingsabende.

Nr. 40 der **Allgemeinen Literarischen Correspondenz** enthält folgende Aufsätze: Victor Hugo und die neueren Autoren Frankreichs. Von J. J. Honegger. — Ein deutsches Dichterleben (Adolf Strodtmann). Von Johannes Prölß. Ferner eine systematische Rundschau auf dem Büchermarkt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.